Finanzierungsmodell für ein

„Bedingungsloses Grundeinkommen“

(BGE)

Attac Inhaltsgruppe Grundeinkommen

Version 2013

Alle Rechte vorbehalten
Diese Unterlage ist urheberrechtlich geschützt

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung sind unter Nennung der Quellen freigegeben

Inhalt

1. Grundsätzliches zur Finanzierung
2. Annahmen für die Berechnung
3. Lohnsteuer- und Sozialversicherungs- Ansätze
4. Vergleichende Darstellung
5. Staatseinnahmen
6. Staatsausgaben
7. Ergebnis

In den Anhängen werden die Inhalte näher dargelegt

1. Grundsätzliches zur Finanzierung

1.1 Vermögen

> Die Kluft zwischen den „Vermögenden“ und der restlichen Bevölkerung wird immer größer

Anhang 1.1/1 “Anteil der Bevölkerung am Vermögen“

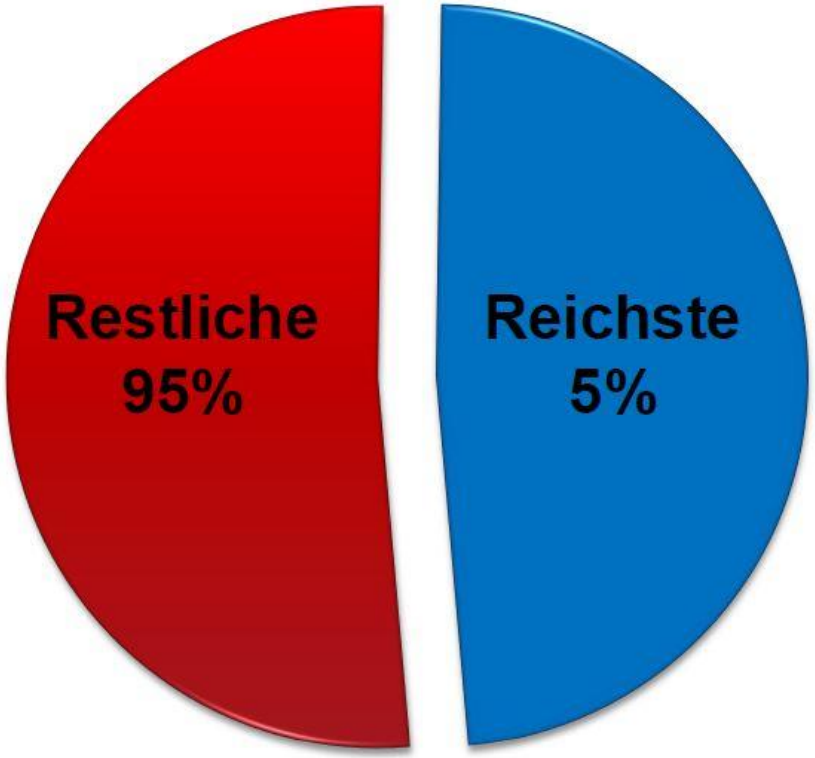
> In Österreich gibt es derzeit keine Vermögenssteuer, keine Erbschaft- und Schenkungssteuer!

Details zum Thema Vermögen siehe Punkt: Staatseinnahmen /Vermögensteuer und vermögenswirksame Steuern

Anteil der Bevölkerung am Vermögen

Q: AK Wien, Miriam Rehm „Verteilung der Vermögen in Österreich“

Wer hat das Vermögen?



Quelle: HFCS 2010, OeNB

Abteilung Wirtschaftwissenschaft und Statistik

www.arbeiterkammer.at

Anhang 1.1/1

1.2 Abgaben

> Die Abgaben sind ungleich verteilt

Die Staatseinnahmen resultieren derzeit hauptsächlich aus

- lohnabhängigen Abgaben (wie Lohnsteuer, SV-Abgaben) und
- verbrauchsabhängigen Abgaben (wie Mehrwert-, Mineralöl-, Tabak- Steuer)

(Anhang 1.2/1)

Die lohnabhängigen Abgaben sind bis zu den mittleren Einkommen progressiv und verflachen bei höheren Einkommen

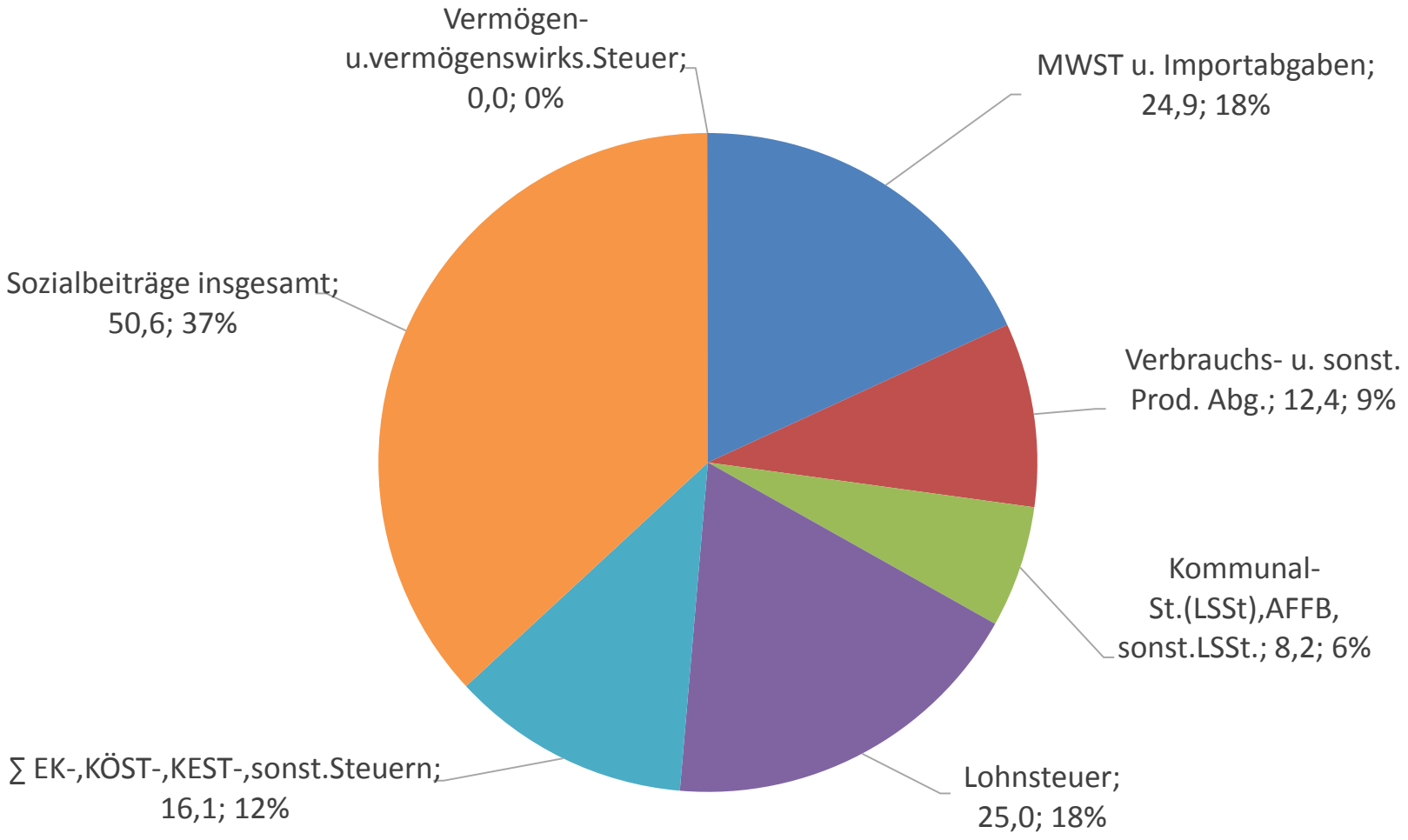
Grund:

- hoher Einstiegssteuersatz (36,5 %) und niedriger Höchst- Steuersatz (50%)
- zu niedere SV- Höchstbeitrags- Grenze

Staatseinnahmen IST 2012

Summe 137,3 Mrd. Euro

Dr. Kaiser S. / Q: Statistik Austria 28.3.2013; Daten bearbeitet Werte in **Mrd. Euro** Stand Sept. 2013



Anhang 1.2/1

> Neuorientierung

Die Finanzierung des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) erfordert eine Neuorientierung des Steuersystems, bei dem vor allem folgende Kriterien Beachtung finden sollten:

° Steuergerechtigkeit
Verringerung der Schere zwischen „Reich“ zu „Arm“

° Staatseinnahmen
Vermehrte Einbeziehung von Kapitaleinkommen und das Vermögen, Entlastung von Arbeitseinkommen

° Ressourcenverbrauch höher besteuern

1.3 Staats- Ausgaben

Eine gezielte und umstrukturierte Ausgabenpolitik, welche auf die sozialen Bedürfnisse der Menschen bedacht nimmt, kann einen erheblich Beitrag zur Finanzierung des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) leisten

Inhalt

1. Grundsätzliches zur Finanzierung
2. Annahmen für die Berechnung
3. Lohnsteuer- und Sozialversicherungs- Ansätze
4. Vergleichende Darstellung
5. Staatseinnahmen
6. Staatsausgaben
7. Ergebnis

In den Anhängen werden die Inhalte näher dargelegt

2. Annahmen für die Berechnung

2.1 Bedingungsloses Grundeinkommen

"BGE Modell 2013"

Abgeleitet aus der Armutsrisikogrenze von 12.791€ p.a. **1)**, werden 65 % des jährlichen nationalen Median Äquivalenzeinkommens angesetzt**,** daraus errechnet sich folgende BGE - Höhe

BGE Höhe für Personen älter als 16 Jahre:	1.000.- € 14 x p.a.
Ansatz für Kinder/Jugendliche bis 16 Jahre:	800.- € 14 x p.a.

Wohnbevölkerung (Berechnungsgrundlage Q: Statistik Austria 07.2013):

Durchschnittl. Wohnbevölkerung 2012:	8,426 Mio
Davon Kinder/Jugendliche bis 16 Jahre:	1,407 Mio

Aufwand für das BGE:

Kinder u. Jugendliche bis 16 Jahre: 1,407 Mio x 800; 14x p.a. = 15,76 Mrd

Bevölkerung älter 16 Jahre: 7,019 Mio x 1.000; 14x p.a. = 98,26 Mrd

BGE- Aufwand für Gesamtbevölkerung: 114,02 Mrd

1) Q: Eurostat 18.2.2013; für eine „Alleinstehende Person" bei 60% des medianen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen

2.2 Steuer, Sozialversicherung (SV) und Pension: Modell 2013

Details siehe Punkt „3. Lohnsteuer- und Sozialversicherungs- Ansätze“

- Das derzeitige Sozialversicherungs- Steuer- und Pensions- System bleibt in seinen Grundzügen aufrecht
- Um eine gerechtere Abgabenverteilung zu erreichen, sind Anpassungen im Steuer- u. Sozialversicherungs- System vorgesehen
- Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist Steuer- und Sozialversicherungsfrei
- Das Gesamteinkommen setzt sich aus dem BGE und zusätzlicher Einkommen (Arbeitseinkommen bzw. Pensionen etc.) zusammen

Inhalt

1. Grundsätzliches zur Finanzierung
2. Annahmen für die Berechnung
3. Lohnsteuer- und Sozialversicherungs- Ansätze
4. Vergleichende Darstellung
5. Staatseinnahmen
6. Staatsausgaben
7. Ergebnis

In den Anhängen werden die Inhalte näher dargelegt

3.1 Grenzsteuersätze Modell 2013

Das Bedingungsloses Grundeinkommen ist bis zu 14.000 € p.a. steuerfrei

Für darüber hinausgehende Einkommen gelten folgende Grenzsteuersätze

Einkommensstufen (€ p.a.)	Grenz-Steuersätze
0 – 5.000	10 %
> 5.000 – 15.000	25 %
> 15.000 – 29.000	38 %
> 29.000 – 49.000	55 %
> 49.000	75 %

3.2 Sozialversicherung (SV); Ansätze: Modell 2013

° Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist Sozialversicherungsfrei

° Sozialversicherung- Höchstbemessung:

Das 2-fache der derzeitig gültigen SV- Höchstbeitragsgrundlage

Daher gilt für

lfd. Bezüge ein Höchstbetrag von 106.560 Euro p.a.

und für Sonstige Bezüge 17.760.- Euro p.a.

° Die Reduzierung der Steuerbemessung durch den SV-Beitrag bevorzugt höhere Einkommen,

daher wird der Sozialversicherungs-Beitrag nicht mehr steuermindernd angesetzt

3.3 Sonstige Steueransätze Modell 2013

> Sondersteuer

Für lfd. Bezüge wird eine 10%ige Sondersteuer angesetzt, wenn die Steuerbemessung die 2-fache SV- Höchstbemessung überschreitet

> Sonstige Bezüge (13./14. etc.)

Der begünstigte Steuersatzes von 6% bleibt aufrecht.

Inhalt

1. Grundsätzliches zur Finanzierung
2. Annahmen für die Berechnung
3. Lohnsteuer- und Sozialversicherungs- Ansätze
4. Vergleichende Darstellung
5. Staatseinnahmen
6. Staatsausgaben
7. Ergebnis

In den Anhängen werden die Inhalte näher dargelegt

4. Vergleichende Darstellung

4.1 Vergleichende Darstellung: „IST“ und „Modell 2013“

Brutto- / Netto- Einkommen- Vergleich (Anhang 4.1/1 u. 4.1/2)

4.2 Adaptierbares Modell 2013

Das Modell 2013 ist adaptierbar, d.h. flexibel für Anpassungen, wobei das Ergebnis von essentiellen Veränderungen (z. B. Änderung der Grenzsteuersätzen) im Brutto/Netto-Rechner sofort sichtbar wird

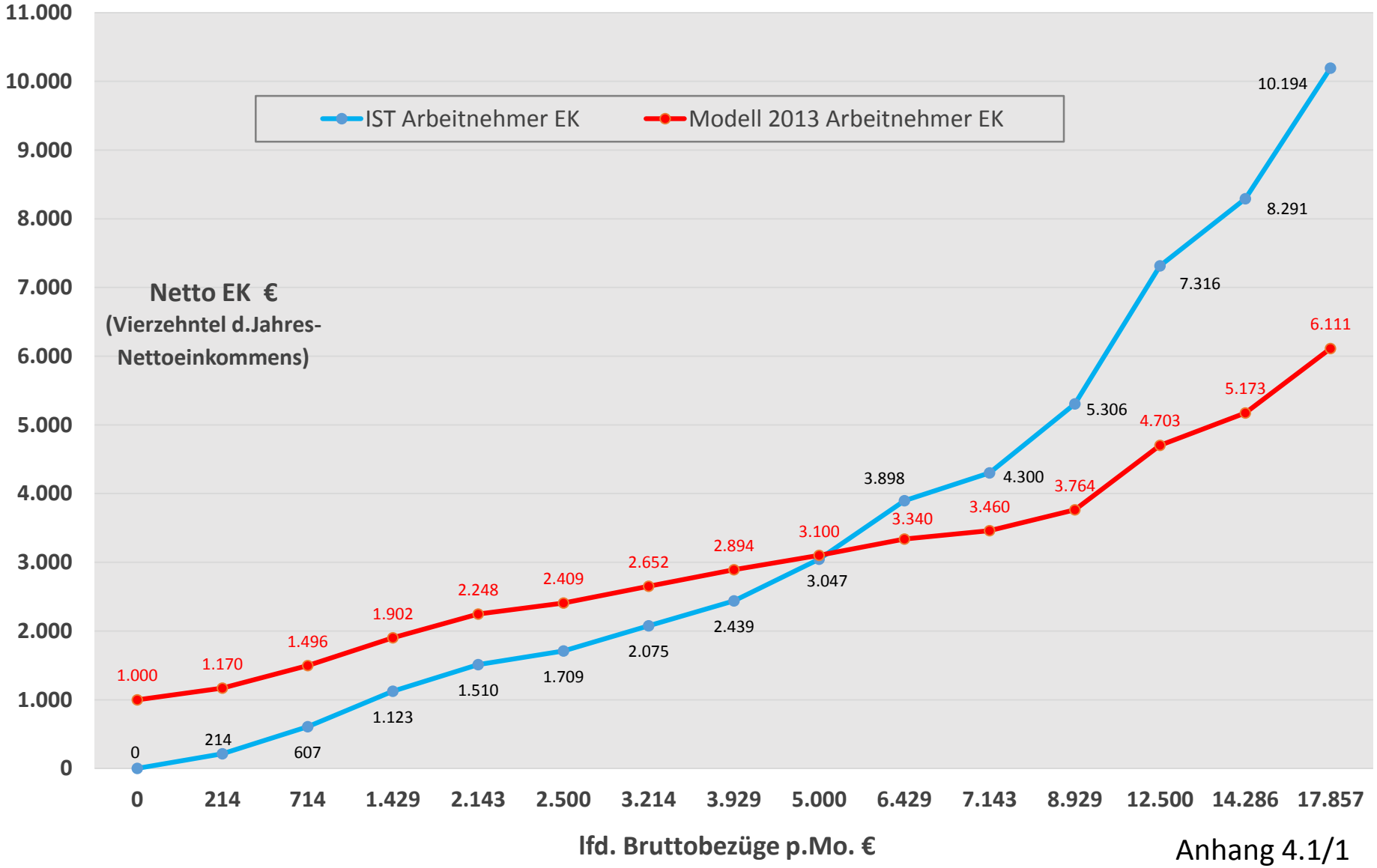
→„Grenzsteuersätze“ Vorgabewerte Anhang 4.2/1 und

→ geänderte „Grenzsteuersätze“ Anhang 4.2/2

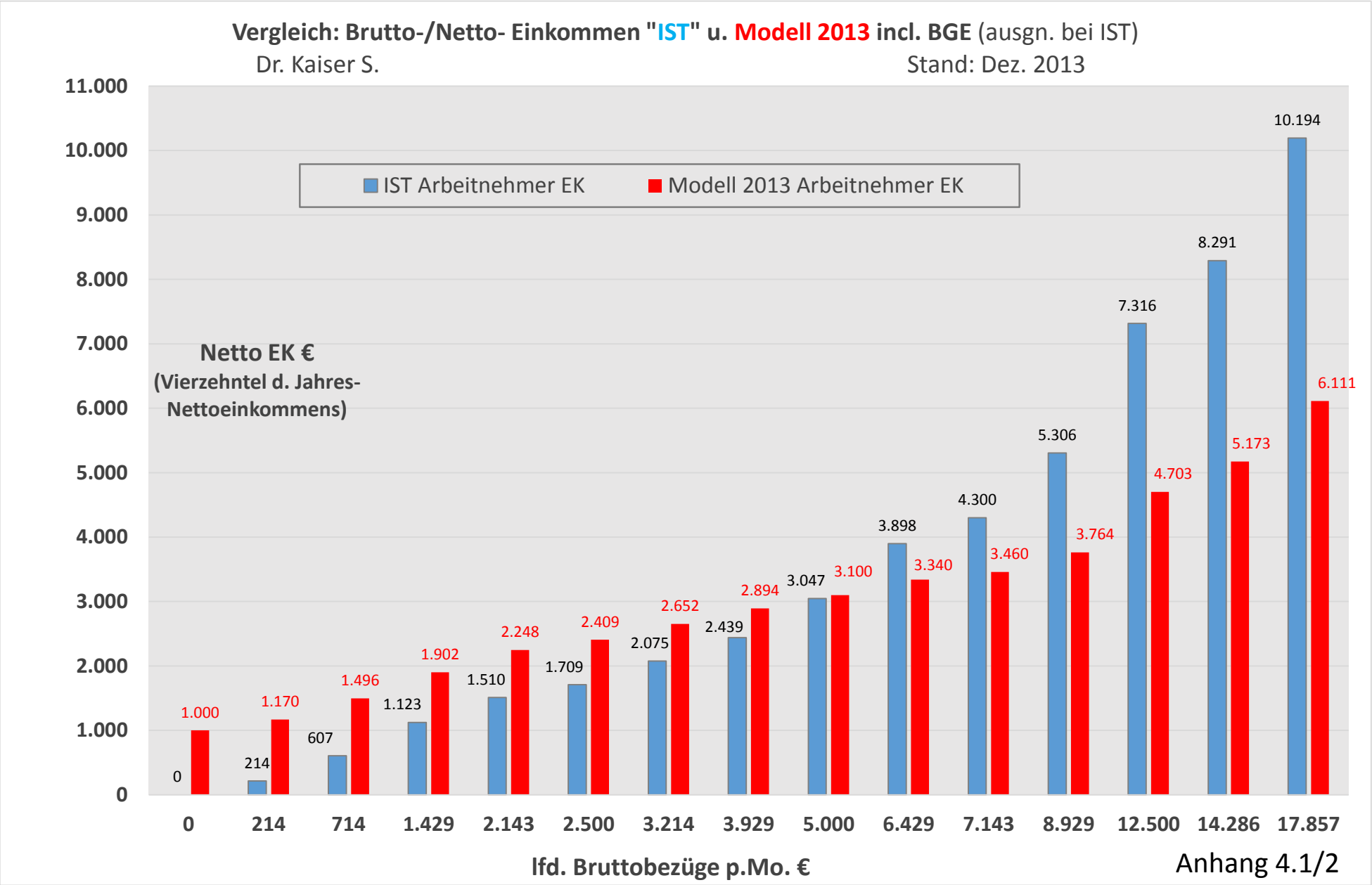
Der Vergleich „eigenes IST-Nettoeinkommen“ mit dem „Nettoeinkommen Modell 2013“ und die Auswirkungen bei Änderungen von Grenzsteuersätzen können im Brutto/Netto-Rechner unter http://community.attac.at/uploads/media/index.html abgerufen werden

Vergleich: Brutto-/Netto- Einkommen "IST" u. Modell 2013 incl. BGE (ausgn. bei IST)

Dr. Kaiser S. Stand: Dez. 2013



Anhang 4.1/1


Vergleich: Brutto-/Netto- Einkommen "IST" u. Modell 2013 incl. BGE (ausgn. bei IST)
Dr. Kaiser S.
Stand: Dez. 2013
IST Arbeitnehmer EK
Modell 2013 Arbeitnehmer EK
Netto EK €
(Vierzehntel d. Jahres-Nettoeinkommens)
11.000
10.000
9.000
8.000
7.000
6.000
5.000
4.000
3.000
2.000
1.000
0
0
214
607
1.123
1.510
1.709
2.075
2.439
3.047
3.898
4.300
5.306
7.316
8.291
10.194
1.000
1.170
1.496
1.902
2.248
2.409
2.652
2.894
3.100
3.340
3.460
3.764
4.703
5.173
6.111
0
214
714
1.429
2.143
2.500
3.214
3.929
5.000
6.429
7.143
8.929
12.500
14.286
17.857
lfd. Bruttobezüge p.Mo. €
Anhang 4.1/2

BGE: Brutto/Netto Rechner V2.0

Eingabe:	Werte in Euro
Bruttoeinkommen per Monat	2500
Weitere Einstellungen	
Ergebnis:	
Nettoeinkommen "**IST**" per Monat (14x)	1709
Nettoeinkommen "**BGE-Modell**" per Monat (14x)	2409

Anhang 4.2/1

Berechnungs-Ansatz für ArbeitnehmerInnen:

> Bruttoeinkommen per Monat

Als Bruttoeinkommen per Monat ist der monatliche laufende Bruttobezug in € einzugeben

>Weitere Einstellungen: Ein Klick auf „Weitere Einstellungen“ ermöglicht die Eingabe der Grenzsteuersätze je Einkommensstufe nach eigenem Ermessen (siehe Anhang 4.2/2)

> Nettoeinkommen „IST“: Das Nettoeinkommen entspricht dem „Vierzehntel des Jahres- Nettoeinkommens“ (incl.13.+14.) Steuerliche Berücksichtigung: Allgemeiner Arbeitnehmer-, Verkehrs-Absetzbetrag, Werbungskosten- und Sonderausgaben- Pauschale

> Nettoeinkommen BGE-Modell „Mod.2013“: Das Nettoeinkommen entspricht dem „Vierzehntel des Jahres-Nettoeinkommens“ (incl. 13.+14.+ BGE); Steuerliche Berücksichtigung: Arbeitnehmer- u. Werbungskosten- Gutschrift

> Allgemeines

Der Brutto-/Nettorechner ist eine Orientierungshilfe. Bei abweichenden Steuerabsetzbeträgen, Sonderausgaben, od. Überstunden. etc. ist ein Vergleich nur näherungsweise möglich.

BGE: Brutto/Netto Rechner V2.0

Eingabe:

	Werte in Euro
Bruttoeinkommen per Monat	2500

Weitere Einstellungen

Einkommensstufe in Euro		Grenzsteuersätze in %	
von	bis	Vorgabewert	Wertänderung
>0	5.000	10,00	5
>5.000	15.000	25,00	10
>15.000	29.000	38,00	30
>29.000	49.000	55,00	55
>49.000		75,00	75

Ergebnis:

Nettoeinkommen "**IST**" per Monat (14x)	1709
Nettoeinkommen "**BGE-Modell**" per Monat (14x)	2614

Berechnungs-Ansatz für ArbeitnehmerInnen:

> Bruttoeinkommen per Monat

Als Bruttoeinkommen per Monat ist der monatliche laufende Bruttobezug in Euro einzugeben

> Grenzsteuersätze in %

Feld „Wertänderung“: Eingabe der Grenzsteuersätze je Einkommensstufe nach eigenem Ermessen. Die Änderung von Grenzsteuersätze hat beim BGE-Modell nicht nur Auswirkungen auf das Nettoeinkommen (sofort sichtbar), sondern auch auf die Staatseinnahmen

> Nettoeinkommen „IST“

Das Nettoeinkommen entspricht dem „Vierzehntel des Jahres-Nettoeinkommens“ (incl.13.+14.)
Steuerliche Berücksichtigung: Allgemeiner Arbeitnehmer-, Verkehrs-Absetzbetrag, Werbungskosten- und Sonderausgaben- Pauschale

> Nettoeinkommen BGE-Modell „Mod.2013“

Das Nettoeinkommen entspricht dem „Vierzehntel des Jahres-Nettoeinkommens“ (incl. 13.+14.+ BGE)
Steuerliche Berücksichtigung:
Arbeitnehmer- u. Werbungskosten- Gutschrift

> Allgemeines

Der Brutto-/Nettorechner ist eine Orientierungshilfe. Bei abweichenden Steuerabsetzbeträgen, Sonderausgaben, od. Überstunden. etc. ist ein Vergleich nur näherungsweise möglich.

Anhang 4.2/2

Inhalt

1. Grundsätzliches zur Finanzierung
2. Annahmen für die Berechnung
3. Lohnsteuer- und Sozialversicherungs- Ansätze
4. Vergleichende Darstellung
5. Staatseinnahmen
6. Staatsausgaben
7. Ergebnis

In den Anhängen werden die Inhalte näher dargelegt

5. Staatseinnahmen

<u>5.1 Lohnsteuer und SV</u>

5.2 Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber

5.3 Vermögensteuer u. vermögenswirksame Steuern

5.4 Umsatzsteuer (MWSt)

5.5 Verbrauchsabgaben

5.6 Weitere Gütersteuern

5.7 Sonstige Produktionsabgaben

5.8 Einkommensteuer

5.9 Kapitalertragssteuer (KEST)

5.10 Körperschaftsteuer (KÖST)

5.11 Sonstige Steuern- und Abgaben

5. Staatseinnahmen

5.1 Lohnsteuer und Sozialversicherung

> Berechnung d. Lohnsteuer und SV (AN und PensionistInnen insgesamt)

Eine Berechnungsübersicht mit: Einnahmen LSt u. SV/Steuersätze/ St.-Bemessung ist in Anhang 5.1/1 dargestellt

	Werte in Mio. Euro
° **IST** 1)	**45.852**
° **Modell 2013** 1)	**73.489**

> Vergleich: IST/Modell 2013

Ein Vergleich der Varianten IST/Mod. 2013 wird im Anhang 5.1/2 dargestellt

1) Berechnungsgrundlage: Q: "Fälle und Stufen d. Bruttobezüge" Statistik der Lohnsteuer 2011; Statistik Austria Nov. 2012

Gegenüberstellung der LSt u. SV-Abgaben

Berechnung Varinate "IST" und "Modell 2013"

LSt_SV SUM Abgab IST_Mod2013
Dr. Kaiser S.

15.01.2014
140114_Staatseinn u Ausgaben_IST_BGE Mod 2013_Rechng.xls

Mio Euro

LSt- u. SV-Einnahmen-Berechnung für IST u. Mod. 2013; Berechnungs-Basis Fälle u. Stufen d. Bruttobezüge 1)

Varianten	∑ LST u SV	∑ SV	∑ LST	Steuersätze in %	Steuer- u. SV- Bemessung
IST AN	37.777	18.666	19.111	0 36,5 43,2 50	SV- Abzug steuermindernd;Sondersteuer 10%, sonst.Bezüge
IST Pens	8.075	2.114	5.962	0 36,5 43,2 50	SV- Abzug steuermindernd;Sondersteuer 10%, sonst.Bezüge
IST	45.852	20.780	25.072		
Mod2013 AN	57.523	21.091	36.433	0 10 25 38 55 75	BGE ST/SV frei; SV 2fach Höchstb, nicht ST-mindernd; 10%SoSt
Mod2013 Pens	15.966	5.274	10.692	0 10 25 38 55 75	BGE ST/SV frei; SV 2fach Höchstb, nicht ST-mindernd; 10%SoSt
Mod 2013	73.489	26.364	47.125	0 10 25 38 55 75	BGE ST/SV frei; SV 2fach Höchstb, nicht ST-mindernd; 10%SoSt

1) Q: Statistik der Lohnsteuer 2011; Statistik Austria Nov. 2012 "Fälle und Stufen d. Bruttobezüge" (Fälle tlw. in Bruttobezügestufen zusammengefasst)

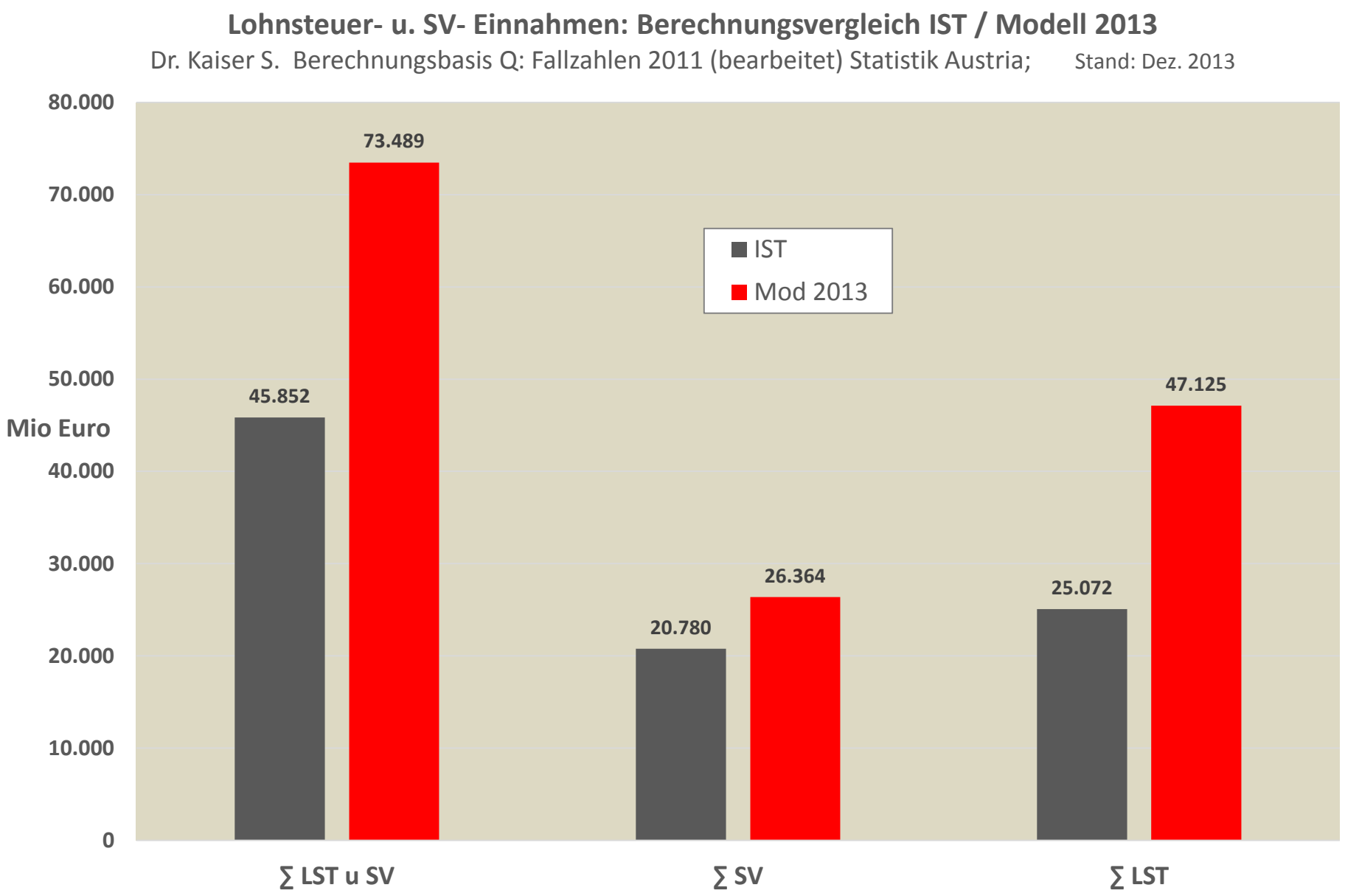
Struktur und Fallzahl: ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen 2)

Struktur	∑ Fallzahl	Seite
Arbeitnehmerinnen	1.946.980	74
Arbeitnehmer Männer	2.212.348	68
ArbeitnehmerInnen insgesamt	**4.159.328**	62
Lehrlinge insgesamt	136.241	98
Arbeiter u. Arbeiterinnen insgesamt	1.600.684	108
Angestellte (ANG) insgesamt	1.859.057	118
Beamte u. Beamtinnen insgesamt	213.727	128
Vertragsbedienstete insgesamt	331.280	138
Personen mit sonst. Aktivbezügen insgesamt	18.339	148
ArbeitnehmerInnen insgesamt	**4.159.328**	62

Struktur	∑ Fallzahl	Seite
PensionistInnen (ohne BeamtInnen i. Ruhe) insgesamt	2.072.442	158
BeamtInnen i. Ruhe insgesamt	230.002	165
PensionistInnen insges.	**2.302.444**	80
ArbeitnehmerInnen insgesamt	**4.159.328**	62
ArbeitnehmerInnen u. PensioinistInnen insges.	**6.461.772**	56

2) Q: Statistik der Lohnsteuer 2011; Statistik Austria Nov. 2012

Anhang 5.1/1


Lohnsteuer- u. SV- Einnahmen: Berechnungsvergleich IST / Modell 2013
Dr. Kaiser S. Berechnungsbasis Q: Fallzahlen 2011 (bearbeitet) Statistik Austria; Stand: Dez. 2013
80.000
70.000
60.000
50.000
Mio Euro
40.000
30.000
20.000
10.000
0
IST
Mod 2013
45.852
73.489
20.780
26.364
25.072
47.125
∑ LST u SV
∑ SV
∑ LST

5. Staatseinnahmen

5.1 Lohnsteuer und SV

5.2 Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber

5.3 5.3 Vermögensteuer u. vermögenswirksame Steuern

5.4 Umsatzsteuer (MWSt)

5.5 Verbrauchsabgaben

5.6 Weitere Gütersteuern

5.7 Sonstige Produktionsabgaben

5.8 Einkommensteuer

5.9 Kapitalertragssteuer (KEST)

5.10 Körperschaftsteuer (KÖST)

5.11 Sonstige Steuern- und Abgaben

5.2 Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber

> Berechnungsgrundlage:

Basisdaten: Q: Statistik Austria 28.3.2013 „Steuern und Sozialbeiträge in Österreich 2011 u. 2012“

> Berechnung

Ausgehend vom SV-Betrag für Arbeitnehmer (AN) lt. Modellrechnung 2013 wird der Arbeitgeberbeitrag aus dem Verhältnis AG/AN, entsprechend der IST-Beitragsdaten 2011 u.2012 errechnet (Anhang 5.2/1)

Errechneter Sozialbeitrag für Arbeitgeber 24.440 Mio. Euro

Anhang 5.2/1

Berechnung: Arbeitgeber- Sozialbeitrag (Pflichtbeitrag)

Entsprechend d. Statistik Austria 1) betragen die tatsächlichen

Sozialbeiträge in Österreich für	**2011**	Mio. Euro	**2012**
Arbeitgeber (AG)	20.449		21.516
Arbeitnehmer (AN)	17.697		18.523
Verhältnis AG zu AN	1,156		1,162

Verhältnis- Ø beider Jahre (2011+2012/2=(1,156+1,162)/2=1,159

SV-Beitrag AN lt. Modellrechnung 2013 21.091

SV- Beitrag AG Modell 2013= 21.091x1,159=24.444 Mio.

Errechneter Arbeitgeber- Sozialbeitrag Mod. 2013 24.440 Mio. €

1) Q: Statistik Austria, 28. März 2013; „Steuern u. Sozialbeiträge in Österreich“

5. Staatseinnahmen

5.1 Lohnsteuer und SV

5.2 Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber

5.3 Vermögensteuer u. vermögenswirksame Steuern

5.4 Umsatzsteuer (MWSt)

5.5 Verbrauchsabgaben

5.6 Weitere Gütersteuern

5.7 Sonstige Produktionsabgaben

5.8 Einkommensteuer

5.9 Kapitalertragssteuer (KEST)

5.10 Körperschaftsteuer (KÖST)

5.11 Sonstige Steuern- und Abgaben

5.3 Vermögensteuer u. vermögenswirksame Steuern

° Österreich ist das zweitreichste Land in der EU

° Das Vermögen ist sehr ungleich verteilt

° Die Reichsten 1% der Haushalte besitzen mit 38 % des Gesamtvermögens um 7% mehr an Vermögen, als 90 % der Gesamthaushalte 1) (Anhang 5.3.1/1)

° In Österreich gibt es derzeit keine Vermögensteuer, keine Erbschaft- und Schenkungssteuer!

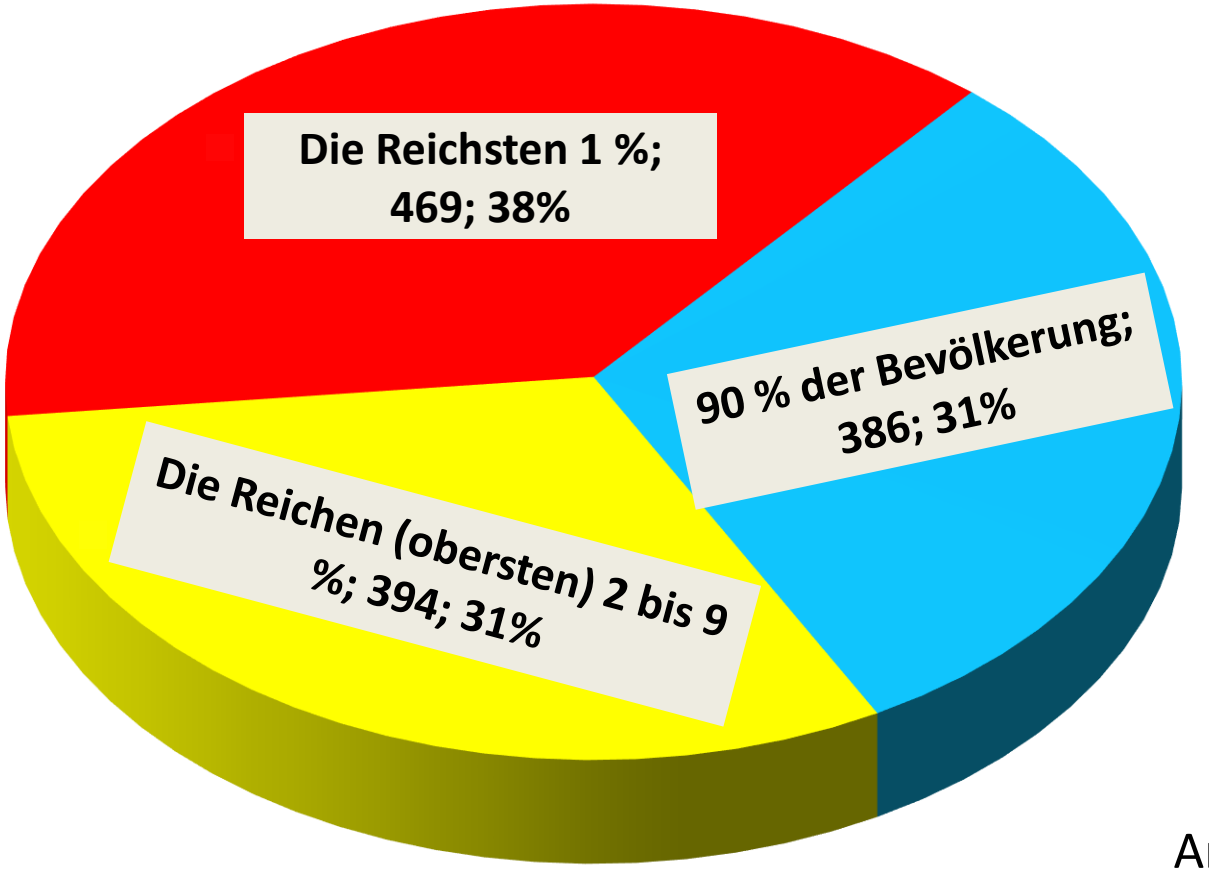
1) Q: Datengrundlage AK Wien Aug. 2013; Materialien zu Wirtschaft u. Gesellschaft Nr. 122; Bestände u. Verteilung der Vermögen in Österreich, auf Basis der korrigierten HFCS (Household Finance and Consumption Survey) - Daten

Vermögensverteilung in Österreich

Dr. Kaiser S. Q: AK Wien auf Basis der modifizierten HFCS 2010; Daten bearbeitet Dez.2013

Gesamtvermögen rund 1.250 Mrd. Euro

Werte in Mrd. €



Anhang 5.3.1/1

5.3 Vermögensteuer u. vermögenswirksame Steuern
5.3.1 Vermögensteuer

> Grundlagen und Ansätze

Basis der Berechnung bildet das Gesamtvermögen (Geld- und Immobilien-Vermögen) der österr. Haushalte in Höhe von rund **1.250 Mrd. €** 1)

> Ableitung der Vermögensteuer

Die Ableitung der Grunddaten für die Berechnung der Vermögensteuer baut auf den von der AK Wien modifizierten „Household Finance and Consumption Survey“ 2010 (HFCS) Unterlagen auf 1)

1) Q: AK Wien Aug.2013; Materialien zu Wirtschaft u. Gesellschaft Nr. 122;
Bestände u. Verteilung d Vermögen in Österreich, Anhang III Perzentilliste auf Basis der korrigierten HFCS - Daten

° Berechnung der Vermögensteuer

- Durch einen Steuerfreibetrag von 500.000 € fällt für ca. 90% der Haushalte keine Vermögensteuer an.
- Weiteres wirkt ein niedriger Steuersatz bis zu einem Vermögen von 1Mio.€ steuerdämpfend
- Der Steuerfreibetrag ist bis 1Mio.€ voll wirksam, ab >1Mio. bis 1,5 Mio.€ erfolgt eine Einschleifung, d.h. der Freibetrag reduziert sich bis 1,5 Mio.€ auf Null €
- Über 1,5 Mio.€ sind noch 2 Steuerstufen (1,5 - 3 Mio. € u. >3 Mio. €
- Die Steuersätze reichen von 0% (Vermög<= 500.000 €) bis 2,2 % (Vermög>3 Mio.€
- Das Gesamtvermögen der Perzentile je Steuerstufe für die Berechnung der Vermögensteuer wird aus dem Anhang III Perzentilliste 1) errechnet.

Daraus ergibt sich eine

Vermögensteuer in Höhe von ca. 13,9 Mrd. Euro

1) Q: AK Wien Aug.2013; Materialien zu Wirtschaft u. Gesellschaft Nr. 122;
Bestände u. Verteilung d Vermögen in Österreich,
- Anhang III Perzentilliste auf Basis der korrigierten HFCS - Daten (Anhang 5.3.1/2 u.5.3.1/3)
- Vermögenverteilg d reichsten 5 Perzentile auf Basis der modifizierten HFCS 2010 (Anhang 5.3.1/4)

Anhang III: Perzentilliste auf Basis der korrigierten Daten

Perz-entil	Gesamtvermögen im Perzentil	Durchschnittsvermögen im Perzentil	Perz-entil	Gesamtvermögen im Perzentil	Durchschnittsvermögen im Perzentil
1	-€ 5,491,830,186	-€ 143,347	51	€ 2,997,670,620	€ 80,687
2	-€ 851,460,999	-€ 22,396	52	€ 3,307,328,626	€ 87,161
3	-€ 352,235,977	-€ 9,314	53	€ 3,466,137,551	€ 92,465
4	-€ 130,321,132	-€ 3,390	54	€ 3,709,728,015	€ 98,378
5	-€ 25,867,881	-€ 680	55	€ 3,964,282,913	€ 104,570
6	-€ 2,028,056	-€ 57	56	€ 4,150,303,848	€ 110,344
7	€ 4,888,335	€ 133	57	€ 4,422,465,916	€ 116,365
8	€ 12,150,970	€ 313	58	€ 4,612,697,208	€ 123,169
9	€ 18,948,024	€ 525	59	€ 4,991,646,628	€ 130,145
10	€ 32,382,112	€ 847	60	€ 5,087,187,943	€ 137,021
11	€ 43,200,756	€ 1,171	61	€ 5,540,623,468	€ 144,687
12	€ 57,419,467	€ 1,503	62	€ 5,716,775,305	€ 152,037
13	€ 73,320,760	€ 1,876	63	€ 5,935,207,031	€ 158,946
14	€ 84,210,376	€ 2,299	64	€ 6,328,856,180	€ 166,007
15	€ 104,778,599	€ 2,809	65	€ 6,395,678,723	€ 172,763
16	€ 128,453,312	€ 3,387	66	€ 6,935,411,750	€ 179,399
17	€ 153,723,229	€ 4,053	67	€ 7,038,328,270	€ 185,416
18	€ 179,811,797	€ 4,656	68	€ 7,156,248,769	€ 191,231
19	€ 193,071,343	€ 5,222	69	€ 7,402,561,055	€ 198,481
20	€ 217,996,343	€ 5,798	70	€ 7,680,458,821	€ 205,859
21	€ 245,306,962	€ 6,484	71	€ 8,125,472,192	€ 213,315
22	€ 269,627,869	€ 7,282	72	€ 8,391,578,758	€ 221,995
23	€ 308,107,437	€ 8,134	73	€ 8,596,868,259	€ 229,863
24	€ 346,012,313	€ 9,013	74	€ 9,070,948,198	€ 237,898
25	€ 372,477,084	€ 9,925	75	€ 9,318,691,747	€ 247,391
26	€ 403,367,966	€ 10,743	76	€ 9,804,058,985	€ 257,125
27	€ 437,570,617	€ 11,465	77	€ 10,123,657,942	€ 269,045

Q: AK Wien, Aug. 2013
Bestände u. Verteilung d Vermögen in Österreich, S 25/31 Material. zu Wirtschaft u. Gesellschaft Nr. 122

Anhang 5.3.1/2

Fortsetzung: Anhang III_1 Perzentilliste auf Basis der korrigierten HFCS - Daten

26	€ 403,367,966	€ 10,743	76	€ 9,804,058,985	€ 257,125
27	€ 437,570,617	€ 11,465	77	€ 10,123,657,942	€ 269,045
28	€ 464,772,081	€ 12,363	78	€ 10,640,965,751	€ 283,258
29	€ 516,491,736	€ 13,472	79	€ 11,152,696,422	€ 294,478
30	€ 538,392,030	€ 14,499	80	€ 11,362,715,108	€ 306,795
31	€ 600,387,947	€ 15,675	81	€ 12,269,421,672	€ 318,384
32	€ 635,033,538	€ 17,027	82	€ 12,296,480,811	€ 330,197
33	€ 701,434,012	€ 18,585	83	€ 13,087,706,189	€ 346,528
34	€ 764,497,336	€ 20,397	84	€ 14,012,243,821	€ 368,979
35	€ 830,947,524	€ 22,292	85	€ 14,875,455,727	€ 389,993
36	€ 922,964,935	€ 24,230	86	€ 15,385,765,867	€ 414,369
37	€ 980,952,230	€ 26,102	87	€ 16,746,754,331	€ 438,963
38	€ 1,068,212,515	€ 28,307	88	€ 17,764,694,616	€ 466,308
39	€ 1,190,504,553	€ 31,167	89	€ 18,347,820,078	€ 496,495
40	€ 1,296,701,590	€ 33,832	90	€ 20,251,800,140	€ 531,114
41	€ 1,347,223,403	€ 36,323	91	€ 21,757,091,796	€ 573,303
42	€ 1,479,940,426	€ 38,838	92	€ 23,635,883,047	€ 630,423
43	€ 1,577,039,431	€ 42,136	93	€ 26,349,802,682	€ 702,219
44	€ 1,695,678,901	€ 45,501	94	€ 30,213,151,014	€ 784,894
45	€ 1,860,447,265	€ 48,846	95	€ 33,089,917,775	€ 888,956
46	€ 1,979,027,923	€ 52,802	96	€ 40,397,367,382	€ 1,073,117
47	€ 2,205,959,092	€ 57,735	97	€ 50,791,826,986	€ 1,341,788
48	€ 2,343,784,250	€ 62,467	98	€ 66,601,914,082	€ 1,768,638
49	€ 2,563,660,981	€ 67,721	99	€ 101,014,993,783	€ 2,690,588
50	€ 2,826,810,210	€ 74,039	100	€ 469,058,597,640	€ 12,670,045
		Gesamtvermögen:		€ 1,248,599,886,785	

Q: AK Wien, Aug. 2013
Bestände u. Verteilung d Vermögen in Österreich, S 25/31 Material. zu Wirtschaft u. Gesellschaft Nr. 122

Anhang 5.3.1/3

Anmerkung: Eine Besonderheit von imputierten Datensätzen ist, dass die daraus gewonnenen Resultate immer nur Durchschnittswerte über alle Imputationen sein können. Nach Rubin und Little (2002) können solche Ergebnisse deshalb nicht als Grundlage für weitere Berechnungen verwendet werden. Weiters ist bei dieser detaillierten Darstellung Vorsicht geboten, weil die Basis für jedes Perzentil nur jeweils eine kleine Menge von Beobachtungen bildet und die Standardfehler daher hoch sind.

Perzentil	Gesamtvermögen im Perzentil	durchschnittliches Vermögen im Perzentil
96	€ 40,397,367,382	€ 1,073,117
97	€ 50,791,826,986	€ 1,341,788
98	€ 66,601,914,082	€ 1,768,638
99	€ 101,014,993,783	€ 2,690,588
100	€ 469,058,597,640	€ 12,670,045

Tabelle 3: Die Vermögen der reichsten fünf Perzentile auf Basis der modifizierten HFCS-Daten.

Q: AK Wien, Aug. 2013, Material. zu Wirtschaft u. Gesellschaft Nr. 122
Bestände u. Verteilung d Vermögen in Österreich

Anhang 5.3.1/4

5.3 Vermögensteuer u. vermögenswirksame Steuern

5.3.2 Vermögenswirksame Steuern

> Erbschafts- u. Schenkungs- Steuer

Der Verfassungsgerichtshof stellte nicht die Steuer selbst infrage, sondern ungleiche Bewertungsmethoden.

Daher steht einer Reform und Einführung der Erbschafts- u. Schenkungs- Steuer nichts mehr im Wege

> Erbschafts- u. Schenkungs- Steuer

Ansätze:

- Freibeträge bis 300.000 € sollen kleine Erbschaften/Schenkungen ausnehmen u. Unternehmen den Weiterbestand sichern

- progressive Steuertarife (4 – 20%; >10 Mio. 60%) in Abhängigkeit der Steuerklasse und des Nettovermögens

- Einbeziehung aller Immobilien- u. Finanzvermögen einschließlich Vermögen von Privatstiftungen

Dieser Modellansatz würde laut AK 1) rund **500 Mio. Euro** an **Erbschafts- u. Schenkungs- Steuereinnahmen** bringen.

1) Q: Wege aus der Krise; Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2014

> Stiftungssteuer

- Für Vermögen, das in Privatstiftungen eingebracht wird, ist eine Stiftungseingangssteuer in Höhe von 2,5% (ab 08.2008, zuvor 5%) zu entrichten.

- 2012 wurden damit nur 11 Mio. € an Einnahmen erzielt

- Derzeit werden Gewinne aus dem Verkauf von Beteiligungen in Stiftungen nicht versteuert, wenn diese für den Kauf neuer Beteiligungen verwendet werden

- Eine **Stiftungssteuer** für diese Gewinne in Höhe von 25%, also gleiche Besteuerung wie für Zinserträge, würden laut „Wege aus der Krise“ 1)

Staatseinnahmen in Höhe von **250 Mio. €** ergeben

1) Q: Wege aus der Krise; Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2014

5. Staatseinnahmen

5.1 Lohnsteuer und SV

5.2 Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber

5.3 Vermögensteuer u. vermögenswirksame Steuern

5.4 Umsatzsteuer (MWSt)

5.5 Verbrauchsabgaben

5.6 Weitere Gütersteuern

5.7 Sonstige Produktionsabgaben

5.8 Einkommensteuer

5.9 Kapitalertragssteuer (KEST)

5.10 Körperschaftsteuer (KÖST)

5.11 Sonstige Steuern- und Abgaben

5.4 Umsatzsteuer (MWSt)

> Grundüberlegungen

° Die derzeitige Umsatzsteuerveranlagung ist aufwendig und kaum nachvollziehbar. Vorsteuerabzug, Erstattung der Vorsteuer, viele Ausnahmen u. Steuerbefreiungen erschweren eine genaue Kontrolle und erleichtern die Steuerhinterziehung

> Systemanpassung

° Nur der Letztverbraucher (Konsument, Eigenverbrauch, etc.) unterliegt der Umsatzsteuerpflicht

° Alle Unternehmungen mit einer Umsatzsteuer Identifikations- Nr. (UID-Nr.) sind Umsatzsteuerbefreit (ausgenommen bei Eigenverbrauch)

° Ein Vorsteuerabzug durch Unternehmen ist nicht mehr erforderlich

° Verringerung von Ausnahmen u. Steuerbefreiungen

> Auswirkungen der Systemanpassung

° wesentlich einfachere Abwicklung u. geringerer Verwaltungsaufwand

° höheren Transparenz und damit besseren u. effektivere Kontrollmöglichkeit

° „Erstattung der Vorsteuer“ durch das Finanzamt fällt weg

° Wegfall von Steuerhinterziehung durch Scheinrechnungen über Ex- und Importgeschäfte etc.
Prof. Friedrich Schneider 1) errechnete für 2012, dass in Österreich durch Scheinrechnungen mit 2,3 Mrd.€ an Umsatzsteuer-Hinterziehungen zu rechnen ist

1) Q: Kurier Wirtschaftspolitik „Steuerbetrug: Es ist alles nur zum Schein“; 03.10.2012

5.4 Umsatzsteuer

> Ableitung und Berechnung der Umsatzsteuereinnahmen

Dem Grundsatz nach errechnet sich die Umsatzsteuer aus der Wertschöpfung
Aus den vorhin aufgezeigten Überlegungen, Ansätzen und Darlegungen werden daher die Umsatzsteuereinnahmen von der Bruttowertschöpfung 2012 (277,6 Mrd.€) 1) abgeleitet.
Berechnungsbasis waren die Umsatzsteuerzahlen 2010 2)
Daraus errechnen sich

Umsatzsteuereinnahmen von: **31,4 Mrd. €**,

was einer **Erhöhung von 6,5 Mrd.€** entspricht

Wesentlich einfachere Abwicklung, höheren Transparenz und damit bessere und effektivere Kontrolle, sowie wesentliche Einschränkung der Steuerhinterziehung, werden dazu beitragen, dieses Ergebnis noch zu verbessern

1) Q: Statistik Austria VGR 1980-2012
2) Q: Umsatzsteuerstatistik 2005-2010; Statistik Austria 20.3.2013

5. Staatseinnahmen

5.1 Lohnsteuer und SV

5.2 Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber

5.3 Vermögensteuer u. vermögenswirksame Steuern

5.4 Umsatzsteuer (MWSt)

5.5 Verbrauchsabgaben

5.6 Weitere Gütersteuern

5.7 Sonstige Produktionsabgaben

5.8 Einkommensteuer

5.9 Kapitalertragssteuer (KEST)

5.10 Körperschaftsteuer (KÖST)

5.11 Sonstige Steuern- und Abgaben

5.5 Verbrauchsabgaben

5.5.1 Alkoholsteuer

Volksgesundheitlichen Überlegungen und die derzeit um 30% niedrigere Alkohol-Besteuerung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland untermauern eine Erhöhung dieser Abgabe

Durch Anhebung des Regelsatzes um 40%, also von 1.000 € auf 1.400 € je 100 l A (Ausbeute) errechnen sich

Mehreinnahmen von ca. 52 Mio. €

und ergeben eine **Alkoholsteuer** von rund

180 Mio. Euro

5.5.2 Biersteuer

Anhebung der Biersteuer von 2 € auf 6 € (je Hektoliter u. Grad Plato)

° aus volksgesundheitlichen Überlegungen

° zum Vorteil der alkoholfreien Getränke

° das entspricht einer Erhöhung von „nur“ 20 Cent je Krügel Bier

Daraus errechnen sich
Mehreinnahmen in Höhe von rund **390 Mio. €**
und eine
Biersteuer in Höhe von **580 Mio. €**

5.5.3 Mineralölsteuer

> Angleichung der Mineralölsteuer

Abschaffung der derzeit steuerlich ungleichen Behandlung zwischen Benzin und Diesel

Nach VCÖ 1) würde die Angleichung

Mehreinnahmen in Höhe von

601 Mio. € bringen

1) Q: VCÖ factsheet „Mobilität mit Zukunft; Wien 2011

> Kerosinsteuer 1)

° Der Flugverkehr ist besonders umweltschädlich

° 2010 wurden in Österreich rund 840 Mio. Liter Flugbenzin getankt

° Entsprechend dem Mineralölsteuersatz für Benzin ergibt das einen Steuerverlust von 371 Mio.

° Auswirkungen des Energieverbrauchs durch ökologische Steuerreform, siehe Anhang 5.5.3/1

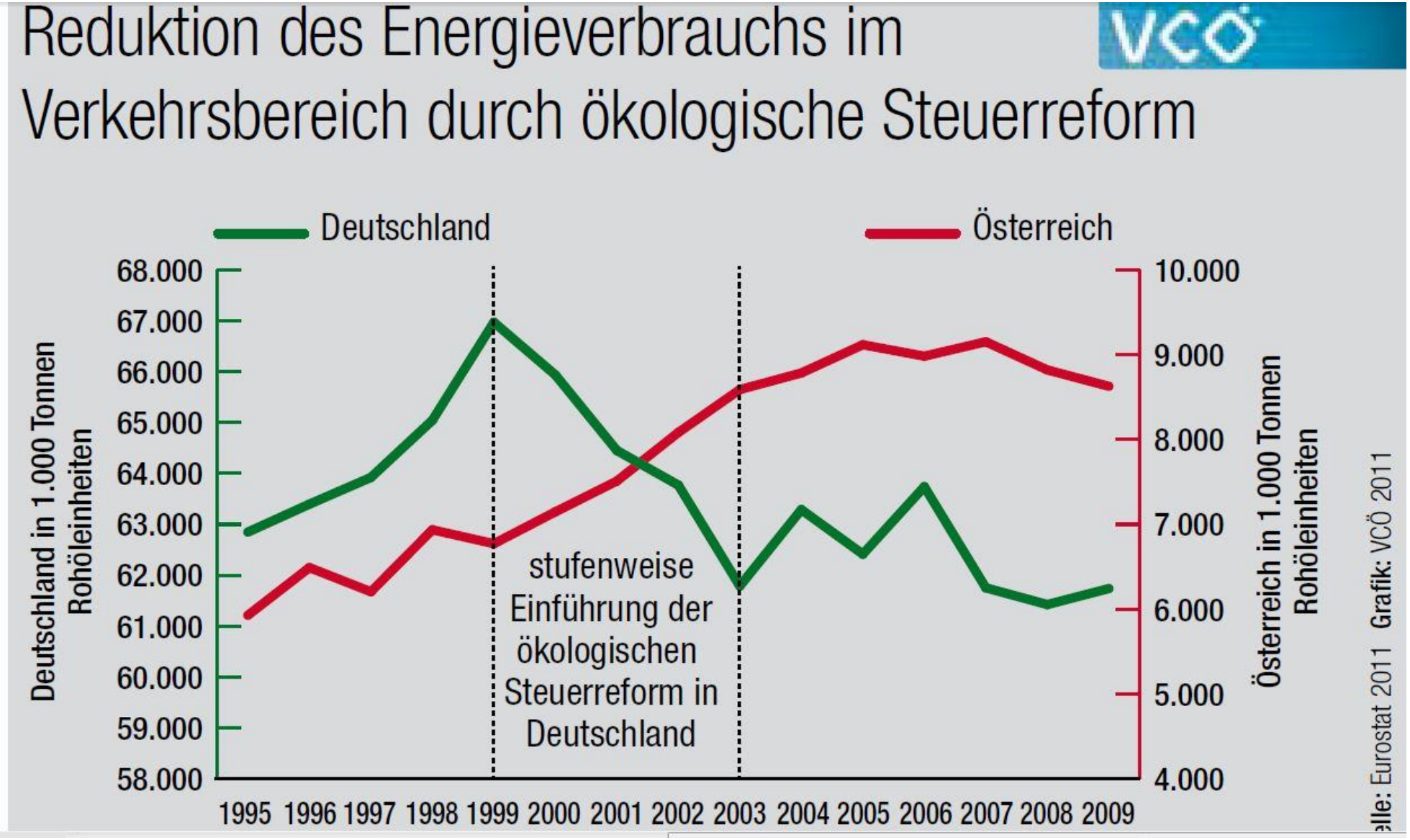
Ansatz:

Einführung einer Mineralölsteuer für Flugbenzin (in Österreich getankt) ergeben lt. VCÖ 1)

→ **zusätzliche Staatseinnahmen** in Höhe von ca. **370 Mio. €**

1) Q: VCÖ factsheet „Mobilität mit Zukunft; Wien 2011

Anhang 5.5.3 /1


Reduktion des Energieverbrauchs im Verkehrsbereich durch ökologische Steuerreform
VCÖ
Deutschland
Österreich
Deutschland in 1.000 Tonnen Rohöleinheiten
68.000
67.000
66.000
65.000
64.000
63.000
62.000
61.000
60.000
59.000
58.000
10.000
9.000
8.000
7.000
6.000
5.000
4.000
Österreich in 1.000 Tonnen Rohöleinheiten
stufenweise Einführung der ökologischen Steuerreform in Deutschland
1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009
elle: Eurostat 2011 Grafik: VCÖ 2011

5.5.4 Normverbrauchsabgabe (NoVA)

Die NoVA ist eine Abgabe, die bei Neuanmeldung von Kraftfahrzeugen, Sonderfahrzeugen u. Motorrädern anfällt.

° Aus ökologischer Sicht ist es sinnvoll, die NoVA dahingehend zu reformieren, CO2-arme Verkehrsmittel gegenüber jenen mit hohem CO2- Ausstoß wesentlich niedriger zu besteuern.

° Weiteres sollten Ausnahmen für Klein- LKWs, Taxis, Fahrschulautos etc. abgeschafft werden.

Laut „Wege aus der Krise“ 1) könnten damit, abgesehen von den positiven Auswirkungen auf die Umwelt,

zusätzlich jährliche Abgaben von **550 Mio. €** und damit eine **Normverbrauchsabgabe** in Höhe von **1.055 Mio.** erzielt werden

1) Q: „Wege aus der Krise“ Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2014

5.5.5 Tabaksteuer

Die Tabaksteuer bezieht sich auf den „Kleinverkaufspreis“
und hat daher eine progressive Steuerwirkung.
Das Rauchen gefährdet nicht nur die Raucherin bzw. den Raucher,
sondern auch andere, die selbst nicht rauchen.

Modell-Ansatz:
Erhöhung der Tabaksteuer f. Zigaretten von 42% auf 50%
Restliche Rauchwaren proportional

Damit errechnet sich eine **Tabaksteuer** von **1.930 Mio.** € u. ergibt

Mehreinnahmen aus der Tabaksteuer von rund **310 Mio.** €

5. Staatseinnahmen

5.1 Lohnsteuer und SV

5.2 Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber

5.3 Vermögensteuer u. vermögenswirksame Steuern

5.4 Umsatzsteuer (MWSt)

5.5 Verbrauchsabgaben

5.6 Weitere Gütersteuern

5.7 Sonstige Produktionsabgaben

5.8 Einkommensteuer

5.9 Kapitalertragssteuer (KEST)

5.10 Körperschaftsteuer (KÖST)

5.11 Sonstige Steuern- und Abgaben

5.6 Weitere Gütersteuern

> Steuern auf finanzielle- und Vermögenstransaktionen

5.6.1 Grunderwerbsteuer

5.6.2 Kapitalverkehrssteuer/Finanztransaktionssteuer

> KFZ-, Vergnügungs-, Wett- und sonstige- Steuern

5.6.3 Kraftfahrzeugzulassungssteuern

5.6.4 Wett-, Spiel- und Lotteriesteuern

5.6.5 Flugticketabgabe

5.6.1 Grunderwerbsteuer (GrESt)

° Ansätze

- Grundsätzlich ist für die Bewertung der Verkehrswert (nicht wie bisher in bestimmten Fällen der Einheitswert) heranzuziehen, ausgenommen der Wert der Gegenleistung ist höher
- Bei Erbschaften und Schenkungen fällt die Grunderwerbsteuer weg
- Änderung d. Steuersatzes für„andere Personen“(nicht nahe Angehörige) von 3,5% 1) auf 5%
- Mehr Kontrolle bei Bewertungen und höhere Strafen bei Steuerhinterziehung
- Herabsetzung des Freibetrages für Unternehmungen von 365.000 auf 200.000 €
- Wegfall des Freibetrages für Unternehmungen bei einer Grunderwerbsteuer-Bemessung von 300.000 – 500.000 € (Einschleifregel)

° Grunderwerbsteuer neu

Unter Berücksichtigung dieser Ansätze errechnen sich
Grunderwerbsteuern in Höhe von rund **3.870 Mio. €**
und damit **Mehreinnahmen** von **2.935 Mio. €**

1) Q: RIS Grunderwerbsteuergesetz 1987, Fassung 07.10.2013

5.6.2 Finanztransaktionssteuer

° Stand in der EU

> Realisierung der Finanztransaktionssteuer in 11 EU-Mitgliedsländern

> EU-Ausschuss des Bundesrats diskutiert Kommissionsvorschlag

> Lt. vorläufigen Schätzungen würden aus Finanztransaktionen 500 Mio. € an Steuereinnahmen erzielt werden 1)

° Ansatz

> Das WIFO 2) berechnete bei einem Steuersatz von 0,01%, trotz Rückgang des Handelsvolumen, ein Aufkommen für Europa von 90 Mrd.€ und für Österreich von 1,7 Mrd. €

Daher wird eine **Finanztransaktionssteuer** in Höhe von **1,7 Mrd. €** angesetzt.

1) Q: Parlamentskorrespondenz Nr. 269 vom 04.04.2013
2) Q: GPA djp Steuerpolitik „Finanztransaktionssteuer"; Mai 2011

> 5.6.3 Kraftfahrzeugzulassungssteuern

° Abschaffung der steuerlichen Begünstigung für Firmenwagen

- 2012 wurden in Österreich 336.010 neue PKWs zugelassen, rund 50% davon waren Zulassungen für Firmen u. Institutionen 1) 1.1
- In Österreich werden auch Dienstwagen der Oberklasse, Klein- und Kompaktklasse mit bis zu 30% gefördert 1) 1.2
- Unternehmen stellen ihren Mitarbeitern diese Firmenautos auch für private Nutzung zur Verfügung (steuerfreier Gehaltsanteil)

Nach einer EU- Studie beträgt in Österreich der jährliche Gesamtausfall an Steuern u. Sozialabgaben rund 0,6% des BIP (1,6 Mrd.€) 1) 1.3

Bei einem BIP für das Jahr 2012 von 309,9 Mrd. 2) resultieren daraus

Mehreinnahmen in Höhe von **1.859 Mio.€** und in Summe

Kraftfahrzeugzulassungssteuern von **1.882 Mio.€**

1) Q: Wege aus der Krise „Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2014
1.1 Statistik Austria; 1.2 Studie von Copenhagen Economics 2010; 1.3 EU - Studie

2) Q: Statistik Austria 28.März 2013; Steuern und Sozialbeiträge (S.13+S212), Übersicht 2009-2012

5.6.4 Wett-, Spiel- und Lotteriesteuern

° 2012 ergaben die Wett-, Spiel- und Lotteriesteuern 304 Mio. € 1)

° Mit entsprechend hohen Abgaben und begleitende Maßnahmen kann der Wett- und Spielsucht von Beginn an entgegengewirkt und gleichzeitig die Gewinnspanne und damit der Anreiz für Betreiberfirmen reduziert werden

> Ansatz

° Proportionale Anhebung aller Steuersätze um 40%

> Berechnung

304 Mio. € x 1,4= 426 Mio. €

Die Anhebung aller Steuersätze ergeben

Mehreinnahmen in Höhe von **122 Mio. €** und in Summe

Wett-, Spiel- und Lotteriesteuern von **426 Mio. €**

1) Q: Statistik Austria 28. März 2013; Steuern u. Sozialbeiträge in Österreich (S.13+S212), Detail 1995-2012

5.6.5 Flugticketabgabe

° Die Flugticketabgabe beträgt derzeit ca. 100 Mio.€ 1)

° Aus ökologischer Sicht und Verringerung der Steuerprivilegien im Flugverkehr sind nachfolgende Ansätze nur als Beginn von weiteren Maßnahmen in dieser Richtung anzusehen

Ansätze:

> Erhöhung der per 1.1.2013 reduzierten Flugticketpreise 1) (7€/15€/35€) um 50%

> Einhebung der Umsatzsteuer (20%)

Berechnung der Flugticketabgabe:

Erhöhung:(100x1,5x1,2)-100= **80 Mio.€** → **Flugticketabgaben** ∑= 100+80=**180 Mio.€**

Unter Berücksichtigung der angeführten Maßnahmen errechnet sich eine voraussichtliche

Flugticketabgabe in Höhe von **180 Mio.€**

1) Q: www.probahn.at/Flugticket-Steuer muss bleiben; 23.06.2013

5. Staatseinnahmen

5.1 Lohnsteuer und SV

5.2 Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber

5.3 Vermögensteuer u. vermögenswirksame Steuern

5.4 Umsatzsteuer (MWSt)

5.5 Verbrauchsabgaben

5.6 Weitere Gütersteuern

5.7 Sonstige Produktionsabgaben

5.8 Einkommensteuer

5.9 Kapitalertragssteuer (KEST)

5.10 Körperschaftsteuer (KÖST)

5.11 Sonstige Steuern- und Abgaben

5.7 Sonstige Produktionsabgaben

5.7.1 Bodenwertabgabe

5.7.2 Grundsteuer

5.7.3 Straßenbenützungsabgabe / LKW-Maut

5.7.4 Motorbezogen Versicherungssteuer (Anteil Unternehmen)

5.7.1 Bodenwertabgabe

> Grundlegendes

- Die Bodenwertabgabe ist eine Steuer auf unbebaute Grundstücke, die für Bauzwecke in Betracht kommen
- Nach Erhebungen d. ÖNB liegt d. Verkehrswert dieser Grundstücke bei rund 60 Mrd.€ 1)

> Ansätze und Ergebnis

Steuerbefreiungen sind nur mehr vorgesehen für Gebietskörperschaften, nachhaltig land-u. forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke und bei Bauverbot bzw. Bausperre

- Steuerfreibetrag: 50.000 € vom Verkehrswert (derzeit 14.600 € v. Einheitswert)
- Höhere und gestaffelte Steuersätze (wirken Spekulationen entgegen)

1 % bis 100.000 € Verkehrswert

2,0 % > 100.000 € Verkehrswert

Bei einem einem gesamten Verkehrswert von 60 Mrd. € 1) und unter Berücksichtigung der Ansätze errechnet sich eine

Bodenwertabgabe in Höhe von **765 Mio. €**

1) Q: lt.Erhebungen der ÖNB; Wege aus der Krise „Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2014“

5.7.2 Grundsteuer

> Grundlagen und Ansätze

° Bei Grundsteuereinnahmen von 622 Mio.€ 1) und einem BIP von 309,9 Mrd.€ 2) im Jahre 2012 liegt Österreich mit 0,2% bezogen auf das BIP erheblich unter dem Durchschnitt der EU-15 von 0,9% 3)

° Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer ist der Einheitswert, welcher seit Jahrzehnten (ausgen. v. pauschalen Erhöhungen) nicht angepasst wurde 3)

° Eine Anpassung der Einheitswerte an die Verkehrswerte, höhere und gestaffelte Steuersätze sollen mehr Steuergerechtigkeit bringen und eine Grundsteuerquote über dem EU-15-Ø gewährleisten

Ein Ansatz von 1,0 % des BIP 2012 würde (309,9*1,0/100=3,099 Mrd.€) eine

Grundsteuer in Höhe von 3,1.Mrd. € bringen

1) Q: Statistik Austria 28. März 2013; Steuern u. Sozialbeiträge in Österreich (S.13+S212), Detail 1995-2012
2) Q: Statistik Austria 28.März 2013; Steuern und Sozialbeiträge (S.13+S212), Übersicht 2009-2012
3) Wege aus der Krise „Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2014“

5.7.3 Straßenbenützungsabgabe / LKW-Maut

° Derzeit nur für Autobahnen- und Schnellstraßen- Benützung

° Einhebung nur für LKW über 3,5 Tonnen, Klein- LKW- Anteil liegt jedoch bei 80% 1)

° Schienenverkehr ist gegenüber dem Straßenverkehr benachteiligt

Daher:

Flächendeckende LKW- Maut (auch für LKW unter 3,5 Tonnen)

VCÖ 2) rechnet bei einer Ausweitung der Straßenbenützungsabgabe auf das gesamte österreichische Straßennetz mit rund 500 Mio. €

Ansatz:

Für die **flächendeckende LKW-Maut** werden jährliche **Mehreinnahmen** von **500 Mio. €** angesetzt

1) Q: Wege aus der Krise „Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2014“
2) Q: VCÖ factsheet „Mobilität mit Zukunft; Wien 2011

5.7.4 Motorbezogen Versicherungssteuer (Anteil Unternehmen)

- Derzeit gibt es für die Land- u. Forstwirtschaft, Taxiunternehmen etc. Steuerbefreiungen
- Allein für die Land- u. Forstwirtschaft macht diese Befreiung 110 Mio. € aus 1)

An Stelle der allgemeinen Steuerbefreiungen sind vielmehr ökologische Gesichtspunkte einzubeziehen, welche dazu beitragen, den CO2-Ausstoß zu reduzieren

Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen werden **Mehreinnahmen** aus der

Motorbezogen Versicherungssteuer

in **Höhe** von **250 Mio. €** angesetzt

1) Q: Wege aus der Krise „Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2014“

5. Staatseinnahmen

5.1 Lohnsteuer und SV

5.2 Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber

5.3 Vermögensteuer u. vermögenswirksame Steuern

5.4 Umsatzsteuer (MWSt)

5.5 Verbrauchsabgaben

5.6 Weitere Gütersteuern

5.7 Sonstige Produktionsabgaben

5.8 Einkommensteuer

5.9 Kapitalertragssteuer (KEST)

5.10 Körperschaftsteuer (KÖST)

5.11 Sonstige Steuern- und Abgaben

5.8 Einkommensteuer

5.8.1 Berechnung der Einkommensteuer

für Einkünfte aus:

Land- und Forstwirtschaft, selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb, Vermietung und Verpachtung sowie sonstige Einkünfte

° Grundsätzliches

Infolge der unterschiedlichen Einkunftsarten die der Einkommensteuer-Veranlagung unterliegen, der damit auch verbundenen vielfältigen Steuer-Befreiungen- und Ausnahmen, der Absetz- und Abschreibmöglichkeiten und fehlender Detailunterlagen, erfolgt für diese Einkunftsarten eine näherungsweise Berechnung der Einkommensteuer

5.8.1 Berechnung der Einkommensteuer

> Berechnungsbasis

° Grenzsteuersätze Modell 2013 (Kap. 3.1)

° Einnahmen LSt/SV/Steuersätze/ St.-Bemessung (Kap. 5.1; -Anhang 5.1/1-)

° Veranlagte Einkommensteuer 2012: 3.061 Mio. € 1)

> Berechnung

Die veranlagte Einkommensteuer 2012 (3.061 Mio.) wird mit dem Verhältnis der Lohnsteuerberechnung „IST 2012“ und „Mod.2013“ (gleichen Fallzahlen) hochgerechnet. Von den ermittelten Mehreinnahmen (2.692Mio.€) werden, auf Grund der unterschiedlichen Einkunftsarten, nur 60% (1.615Mio.€) angesetzt.

Daraus errechnet sich eine **Einkommensteuer** (ohne Lohnsteuer)

in Höhe von **4.676 Mio. €**

1) Q: Statistik Austria 28. März 2013; Steuern u. Sozialbeiträge in Österreich (S.13+S212), Detail 1995-2012

5.8.2 Stabilitätsabgabe

° Die Stabilitätsabgabe (Bankenabgabe) ist ein kleiner Beitrag der Banken für die vielen Milliarden Euro welche die Regierung dem Finanzsektor im Zuge der Finanzkrise zur Verfügung gestellt hat

° Die Abgaben decken die bisher erbrachten Zuwendungen und Risikoabdeckungen der Regierung bei weitem nicht ab

° Die Verstaatlichung einiger Banken belastet das Budget durch Milliarden an Zuschüssen erheblich

Daher ist eine Anhebung der **Stabilitätsabgabe,** welche im Jahre 2012 nur 583 Mio.€ 1) betragen hat, auf **1,5 Mrd.€** eine dringende Notwendigkeit

1) Q: Statistik Austria 28.3.2013; Steuern u. Sozialbeiträge in Österreich

5. Staatseinnahmen

5.1 Lohnsteuer und SV

5.2 Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber

5.3 Vermögensteuer u. vermögenswirksame Steuern

5.4 Umsatzsteuer (MWSt)

5.5 Verbrauchsabgaben

5.6 Weitere Gütersteuern

5.7 Sonstige Produktionsabgaben

5.8 Einkommensteuer

5.9 Kapitalertragssteuer (KEST)

5.10 Körperschaftsteuer (KÖST)

5.11 Sonstige Steuern- und Abgaben

5.9 Kapitalertragssteuer (KEST)

> Grundsätzliche Überlegungen

° Entgegen allen anderen Einkunftsarten der Einkommensteuer sind „Einkünfte aus Kapitalvermögen“ mit 25% KEST endbesteuert

° Dieses Steuerprivileg ist abzuschaffen, indem im Wege der Einkommensteuer-Veranlagung eine gemeinsame Veranlagung erfolgt

> Umsetzung:

- Einhebung der KEST wie bisher durch Banken, Sparkassen etc. Diese Institute übersenden jährlich per Datentransfer eine KEST-Jahresabrechnung (ähnlich dem Jahreslohnzettel) an das Finanzamt
- Ein KEST- Grenzbetrag von 800 € soll dafür sorgen, dass es bei geringem Zinseinkommen nicht zu einer Veranlagung kommt

5.9 Kapitalertragssteuer (KEST)

>Berechnungsbasis

- Ist- Kapitalertragssteuern 2012 1)
- Grenzsteuersätze Modell 2013 (Kap. 3.1) für priv. Haushalte (HH)
- geringerer Ø der Grenzsteuersätze für Unternehmen

> Berechnung

Die IST KEST-Daten 2012 1) wurden (getrennt nach priv. HH und Unternehmen) mit den neuen Ø-Grenzsteuersätzen hochgerechnet, um so einer gemeinsamen Einkommensteuer-Veranlagung näherungsweise gerecht zu werden.

Daraus ergeben sich **Kapitalertragssteuern von** rund **4.770 Mio. €** und damit **Mehreinnahmen** in Höhe von **2.260 Mio. €**

Die zu erwartenden Mehreinnahmen der KEST aus Kapitalerträgen über österr. Grenzen hinaus wurden (mangelnder Daten) noch nicht berücksichtigt

1) Q: Statistik Austria 28. März 2013; Steuern u. Sozialbeiträge in Österreich (S.13+S212), Detail 1995-2012

5.10 Körperschaftsteuer (KÖST)

5.10.1 Rückführung des KÖST- Steuersatzes auf das Niveau 2004

° Unter Betrachtung, dass die Kapitalgesellschaften einen sehr geringen Beitrag von nur 4,2 % der gesamten Staatseinnahmen (137,3 Mrd.€) 1) leisten, ist eine Rückführung der KÖST auf das Niveau 2004 (34 %) gerechtfertigt

Ausgehend von den KÖST- Einnahmen 2012 bei 25 % in Höhe von 5.835 Mio. € 1) ist bei einer KÖST von 34 % mit

7.936 Mio. € an **KÖST-Einnahmen** zu rechnen

Dies entspricht **Mehreinnahmen an KÖST** von rund **2,1 Mrd. €**

1) Q: Statistik Austria 28. März 2013; Steuern u. Sozialbeiträge in Österreich (S.13+S212), Detail 1995-2012

5.10 Körperschaftsteuer (KÖST)

5.10.2 Abschaffung der Gruppenbesteuerung

° Die Gruppenbesteuerung (2005 eingeführt) ermöglicht Unternehmensgewinne, die in Österreich erzielt werden, mit Verlusten von Töchterunternehmen mit Firmensitz außerhalb von Österreich, gegenzurechnen

° Laut Berechnungen des Rechnungshofes 1) entgingen durch diese Regelung jährlich KÖST-Einnahmen in Höhe von 450 Mio. €

° 2005-2010 haben lt. Rechnungshof 1) inländische Körperschaften Verluste ihrer ausländischen Gruppenmitglieder in Höhe von 3,104 Mrd. € geltend gemacht

Auf Grund dieser Erkenntnisse u. Einschränkungen von Befreiungen/Begünstigungen wie Firmenwertabschreibungen, Schachtelbeteiligungen etc. ist der Ansatz von

zusätzliche Einnahmen aus der **Körperschaftsteuer**

in Höhe von mindestens **700 Mio. €** gerechtfertigt

1) Q: Rechnungshofbericht „Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung; REIHE BUND 2013/6; Juli 2013“

5. Staatseinnahmen

5.1 Lohnsteuer und SV

5.2 Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber

5.3 Vermögensteuer u. vermögenswirksame Steuern

5.4 Umsatzsteuer (MWSt)

5.5 Verbrauchsabgaben

5.6 Weitere Gütersteuern

5.7 Sonstige Produktionsabgaben

5.8 Einkommensteuer

5.9 Kapitalertragssteuer (KEST)

5.10 Körperschaftsteuer (KÖST)

<u>5.11 Sonstige Steuern- und Abgaben</u>

5.11 Sonstige Steuern- und Abgaben

5.11.1 Staatseinnahmen durch Umverteilung

> Grundlegendes

° Markus Marterbauer 1) führt an, dass in Österreich ein Zusatzeinkommen in Höhe von 100 € beim unteren Drittel der priv. Haushalte die Konsumnachfrage sofort um 80 € steigert, das obere Einkommensdrittel hingegen erhöht das Sparen um 60 €

° Das WIFO 2) hat in einer Untersuchung aufgezeigt, dass eine **Umverteilung von 1 Mrd.€** vom **oberen** zum **unteren Einkommensdrittel** die **Konsumnachfrage**

- **mittelfristig** um **400 Mio.€**
- das **BIP** um **300 Mio.€**
- die **Zahl der Beschäftigten** um **3.000**
- und den **Finanzierungssaldo des Staates** um **150 Mio.€ erhöht**.

1) Q: Markus Marterbauer; Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle; S63/64, Wien 2011

2) Q: In „Markus Marterbauer; Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle; S102, Wien 2011“

5.11.1 Staatseinnahmen durch Umverteilung

> Umverteilungshöhe

- Ausgangspunkt sind die Staatsausgaben für das BGE in Höhe von 114 Mrd. €.
- Davon werden die durch das BGE abgedeckten Staatsausgaben-Einsparungen, in Höhe von 21,7 Mrd.€ (siehe Kap. **6.5 Soziale Sicherung**), in Abzug gebracht. Der daraus resultierende Wert in Höhe von 92,3 Mrd.€ wird auf die Einkommensdrittel aufgeteilt

> Verteilungsstruktur

- Ermittlung der Einkommenswertgrenzen für das untere, mittlere und obere Einkommensdrittel an Hand der von der ÖNB 1) erstellten Haushalts-Bruttojahreseinkommens- Grafik (Anhang 5.11.1/1)
- Daraus werden mittels der Lohnsteuerstatistik 2) die Fallzahlen für das jeweilige Einkommensdrittel errechnet u. die Aufteilung vorgenommen (60/28/12%)

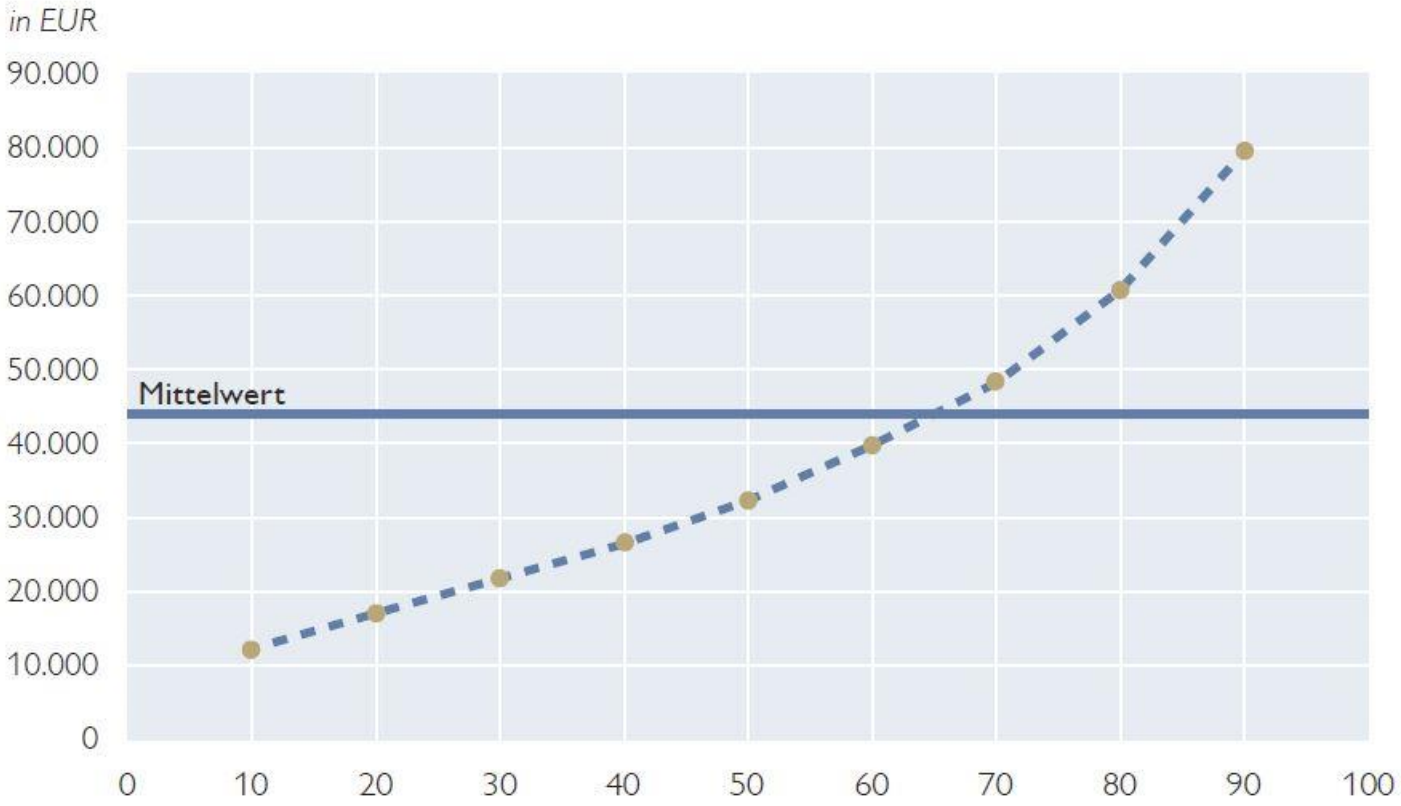
1) Q:HFCS Austria 2010, Grafik 11, ÖNB

2) Q: Lohnsteuerstatistik 2008-2011- Auswahl 2; Statistik Austria

Anhang 5.11.1/1

Grafik 11

Perzentile und Mittelwert des Haushalts-Bruttojahreseinkommens



Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

5.11.1 Staatseinnahmen durch Umverteilung
> Staatseinnahmen, BIP und Beschäftigung

Mit dem Aufteilungsschlüssel und der Berücksichtigung der „Wirksamkeit der Umverteilung je Einkommens-Drittel“ (100/75/0 %) errechnet sich eine wirksame Umverteilungssumme von rund 75 Mrd. € und bewirken

- **höhere Staatseinnahmen** von **11,2 Mrd. €**
- ein **höheres BIP** von **22,4 Mrd. €** auf **332,3 Mrd.€** und
- **höhere Beschäftigung** v. rund **224 tsd.** zusätzlichen Beschäftigten

5.11 Sonstige Steuern- und Abgaben

5.11.2 Verschärfte Regeln und Maßnahmen gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung

Neue Berechnungen von Prof. Friedrich Schneider vom Institut für Volkswirtschaftslehre an der Linzer Johannes Kepler Universität 1) haben ergeben, dass in Österreich im Zeitraum von 2011 bis 2013

- der Sozialbetrug 1,10 Mrd. €
- der Abgabenbetrug auf Grund der Schattenwirtschaft (Pfusch) an Steuer- und Sozialversicherungsausfälle 2,96 Mrd. €
- und die klassische Steuerhinterziehung einen Ø-Wert v. 1,86 Mrd. € jährlich aufweist

1) Q: Johannes Kepler Universität Linz, Esned Nezic, Aktuelles 10.03.2014„ „Schattenwirtschaft, Sozialbetrug und Steuerhinterziehung in Österreich: Wer ist der größte Sünder?“

5.11.2 Verschärfte Regeln und Maßnahmen gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung

Berechnet man die Gesamtsummen, so entgehen dem österreichischen Staat im Zeitraum von 2011 bis 2013 durchschnittlich 5,9 Mrd. € pro Jahr an Staatseinnahmen 1)

Bei entsprechendem Vorgehen kann aber mit mehreren zusätzlichen Mrd. an Staatseinnahmen gerechnet werden.

Für die Modellrechnung werden 55% Realisierbarkeit angesetzt, woraus sich, entsprechende Maßnahmen gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung vorausgesetzt,

Mehreinnahmen in Höhe von rund **3,3 Mrd.€** ergeben

1) Q: Johannes Kepler Universität Linz, Esned Nezic, Aktuelles 10.03.2014„ „Schattenwirtschaft, Sozialbetrug und Steuerhinterziehung in Österreich: Wer ist der größte Sünder?“

Inhalt

1. Grundsätzliches zur Finanzierung
2. Annahmen für die Berechnung
3. Lohnsteuer- und Sozialversicherungs- Ansätze
4. Vergleichende Darstellung
5. Staatseinnahmen
6. Staatsausgaben
7. Ergebnis

In den Anhängen werden die Inhalte näher dargelegt

5. Staatseinnahmen

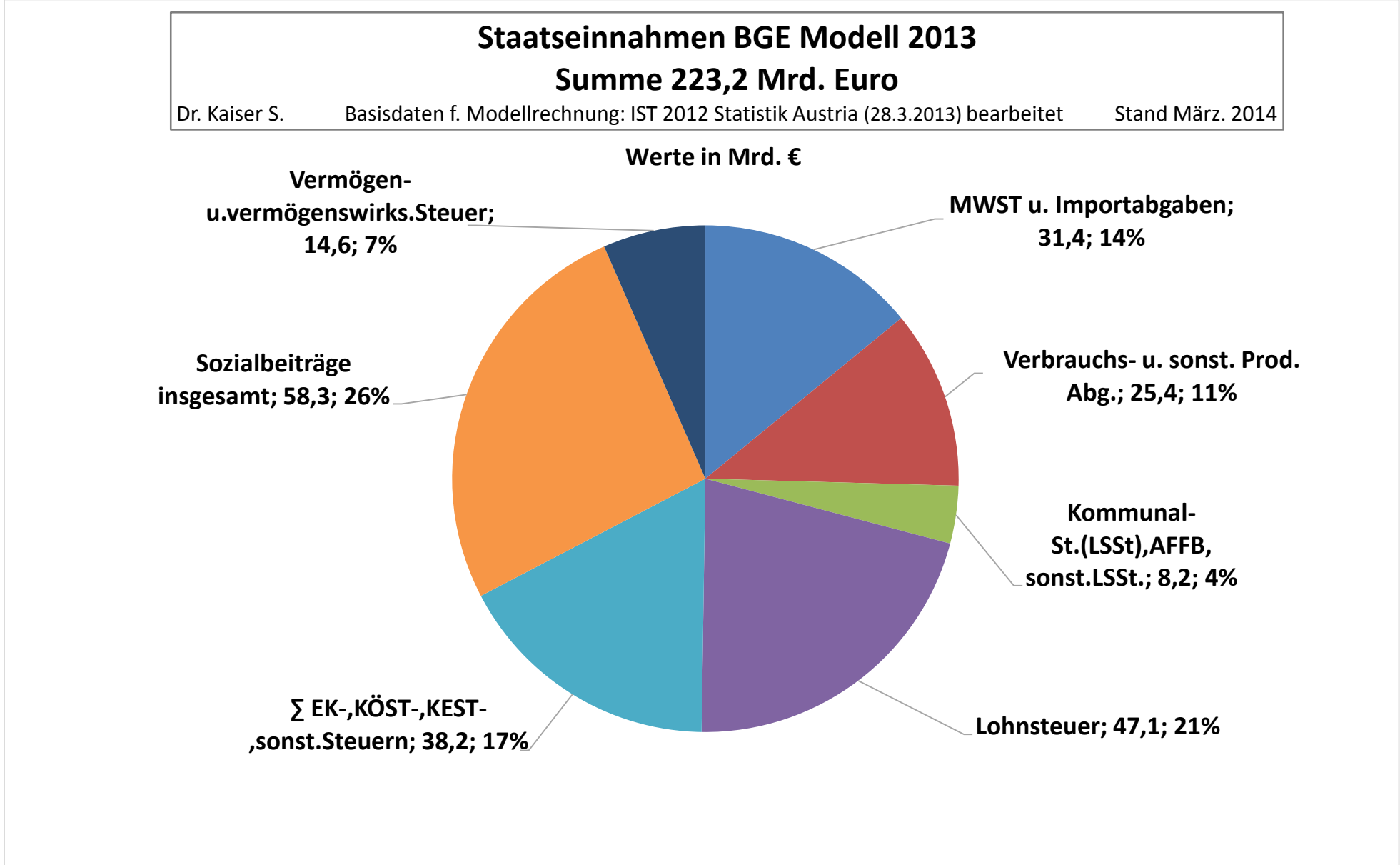
Aus allen bisher gezeigten Maßnahmen in Bezug auf den Staatseinnahmen ergeben sich folgende Mehreinnahmen:

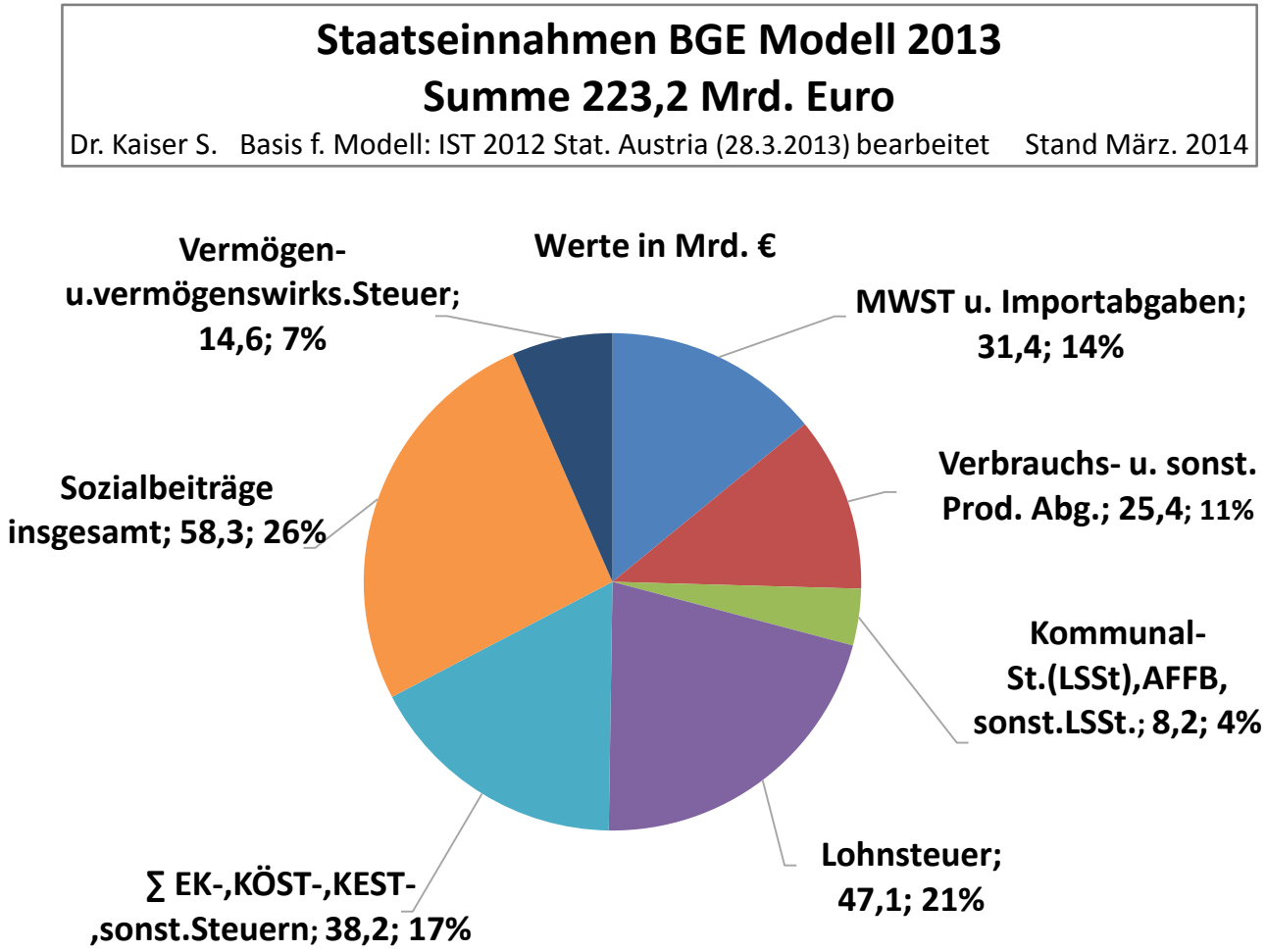
Anhang I Staatseinnahmen Mod.2013

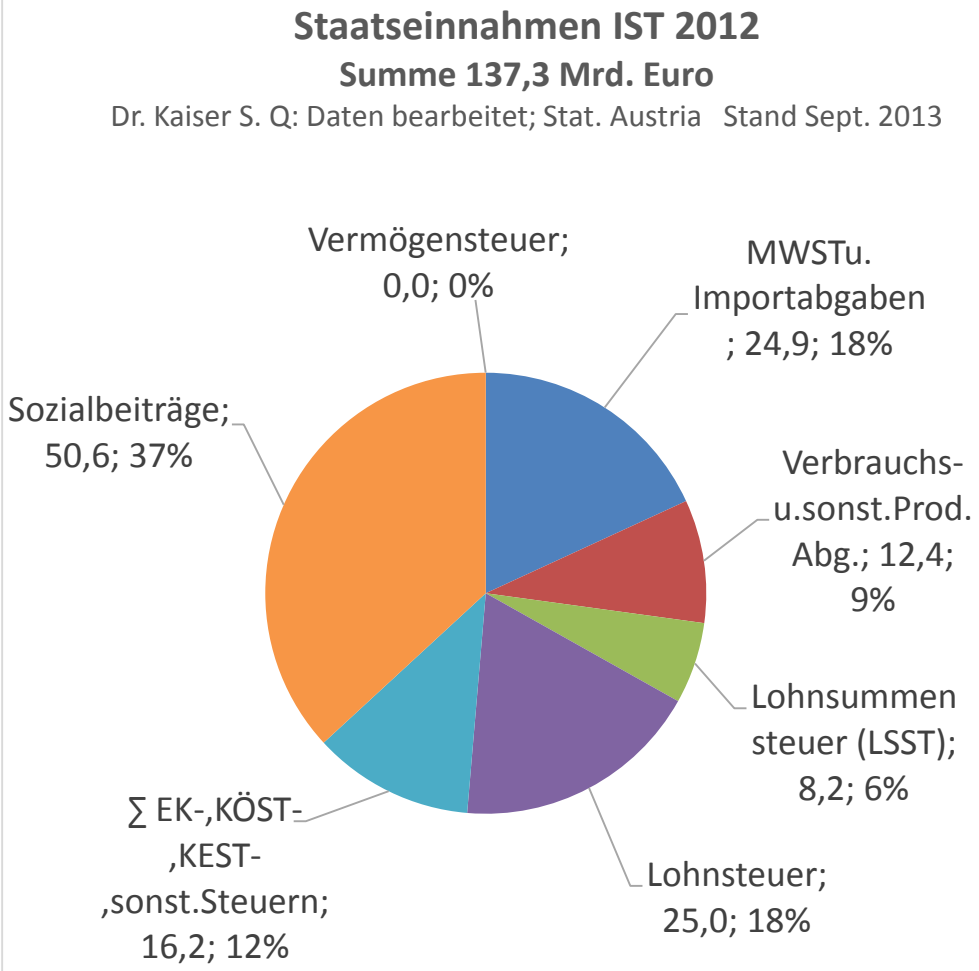
Anhang II Vergleich der Staatseinnahmen

Staatseinnahmen Mod. 2013	223,2 Mrd.€
Staatseinnahmen IST 2012:	137,3 Mrd.€
Mehreinnahmen Finanzierungsmodell 2013:	**85,9 Mrd.€**

Bemerkung: Bei den Staatseinnahmen wurden die Einnahmen aus staatlichen Unternehmen/Beteiligungen, Vermögenseinnahmen etc. nicht berücksichtigt, da diese nicht unmittelbar mit dem BGE zusammenhängen


Staatseinnahmen BGE Modell 2013
Summe 223,2 Mrd. Euro
Dr. Kaiser S.
Basisdaten f. Modellrechnung: IST 2012 Statistik Austria (28.3.2013) bearbeitet
Stand März. 2014
Werte in Mrd. €
Vermögen- u.vermögenswirks.Steuer; 14,6; 7%
MWST u. Importabgaben; 31,4; 14%
Sozialbeiträge insgesamt; 58,3; 26%
Verbrauchs- u. sonst. Prod. Abg.; 25,4; 11%
Kommunal- St.(LSSt),AFFB, sonst.LSSt.; 8,2; 4%
∑ EK-,KÖST-,KEST- ,sonst.Steuern; 38,2; 17%
Lohnsteuer; 47,1; 21%


Staatseinnahmen BGE Modell 2013
Summe 223,2 Mrd. Euro
Dr. Kaiser S. Basis f. Modell: IST 2012 Stat. Austria (28.3.2013) bearbeitet Stand März. 2014
Werte in Mrd. €
Vermögen- u.vermögenswirks.Steuer; 14,6; 7%
MWST u. Importabgaben; 31,4; 14%
Verbrauchs- u. sonst. Prod. Abg.; 25,4; 11%
Kommunal- St.(LSSt),AFFB, sonst.LSSt.; 8,2; 4%
Lohnsteuer; 47,1; 21%
∑ EK-,KÖST-,KEST- ,sonst.Steuern; 38,2; 17%
Sozialbeiträge insgesamt; 58,3; 26%


Staatseinnahmen IST 2012
Summe 137,3 Mrd. Euro
Dr. Kaiser S. Q: Daten bearbeitet; Stat. Austria Stand Sept. 2013
Vermögensteuer; 0,0; 0%
MWSTu. Importabgaben ; 24,9; 18%
Verbrauchs- u.sonst.Prod. Abg.; 12,4; 9%
Lohnsummen steuer (LSST); 8,2; 6%
Lohnsteuer; 25,0; 18%
∑ EK-,KÖST- ,KEST- ,sonst.Steuern; 16,2; 12%
Sozialbeiträge; 50,6; 37%

Inhalt

1. Grundsätzliches zur Finanzierung
2. Annahmen für die Berechnung
3. Lohnsteuer- und Sozialversicherungs- Ansätze
4. Vergleichende Darstellung
5. Staatseinnahmen
6. Staatsausgaben
7. Ergebnis

In den Anhängen werden die Inhalte näher dargelegt

6. Staatsausgaben

6.1 Ansatz

° Berücksichtigung, dass die derzeitigen sozialen Komponenten des Staates durch das BGE nicht verringert werden sollen

° Analyse der Staatsausgaben Anhand der bestehenden Struktur und Inhalte (Anhang 6.1/ 1 bis 3)

° Klärung der Positionen und Höhen der damit verbundenen Ausgaben die über das BGE abgedeckt werden können

° Ermittlung jener Ausgaben, die darüber hinaus eingespart werden können

° Gegenüberstellung der Ausgaben „IST“ zum „Finanzierungs-Modell“

Anhang 6.1/ 1

Q: Statistik Austria, Erstellt am 5.4.2013

Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen (COFOG) 2009-2012, ESVG 1995, Staat, konsolidiert

COFOG-Abteilungen und Gruppen		2009	2010	2011	2012
		in Mio. EUR			
01.	**ALLGEMEINE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG**	**18.930**	**19.518**	**19.856**	**20.854**
01.1	Oberste Regierungs- und Verwaltungsstellen und gesetzgebende Organe, Finanz- und Steuerverwaltung, auswärtige Angelegenheiten	6.910	7.355	7.473	7.735
01.2	Wirtschaftshilfe für das Ausland	110	365	334	363
01.3	Allgemeine Dienste	2.784	2.803	2.798	2.905
01.4	Grundlagenforschung	926	975	962	975
01.5	Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich allgemeine öffentliche Verwaltung	5	6	3	3
01.6	Allgemeine öffentliche Verwaltung, a.n.g.	118	132	102	105
01.7	Staatsschuldentransaktionen	8.044	7.872	8.093	8.400
01.8	Allgemeine Transfers zwischen verschiedenen staatlichen Ebenen	33	11	91	367
02.	**VERTEIDIGUNG**	**2.237**	**2.122**	**2.155**	**2.122**
02.1	Militärische Verteidigung	2.066	1.957	1.986	1.950
02.2	Zivile Verteidigung	8	8	6	6
02.3	Militärische Hilfe für das Ausland	-	-	-	-
02.4	Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich Verteidigung	2	2	2	2
02.5	Verteidigung, a.n.g.	160	154	161	164
03.	**ÖFFENTLICHE ORDNUNG UND SICHERHEIT**	**4.299**	**4.335**	**4.418**	**4.566**
03.1	Polizei	2.261	2.270	2.305	2.373
03.2	Feuerwehr	529	526	518	535
03.3	Gerichte	859	860	884	923
03.4	Strafvollzug	385	405	411	431
03.5	Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich öffentliche Ordnung und Sicherheit	28	29	31	32
03.6	Öffentliche Ordnung und Sicherheit, a.n.g.	237	245	270	272
04.	**WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN**	**14.936**	**16.349**	**15.963**	**18.012**
04.1	Allgemeine Angelegenheiten der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes	4.248	4.145	4.058	4.098
04.2	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Jagd	1.510	1.441	1.412	1.437
04.3	Brennstoffe und Energie	32	32	34	14
04.4	Bergbau, Herstellung von Waren und Bauwesen	68	67	78	68
04.5	Verkehr	6.852	6.663	7.344	7.045

Anhang 6.1/ 2

Q: Statistik Austria, Erstellt am 5.4.2013

04.3	Brennstoffe und Energie	32	32	34	14
04.4	Bergbau, Herstellung von Waren und Bauwesen	68	67	78	68
04.5	Verkehr	6.852	6.663	7.344	7.045
04.6	Nachrichtenübermittlung	141	150	147	127
04.7	Andere Wirtschaftsbereiche	524	541	536	536
04.8	Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich wirtschaftliche Angelegenheiten	1.418	1.592	1.639	1.903
04.9	Wirtschaftliche Angelegenheiten, a.n.g.	143	1.719	715	2.784
05.	**UMWELTSCHUTZ**	**1.504**	**1.692**	**1.529**	**1.636**
05.1	Abfallwirtschaft	181	185	186	191
05.2	Abwasserwirtschaft	360	400	418	435
05.3	Beseitigung von Umweltverunreinigungen	662	794	629	711
05.4	Arten- und Landschaftsschutz	65	68	66	67
05.5	Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich Umweltschutz	51	53	52	53
05.6	Umweltschutz, a.n.g.	185	192	179	179
06.	**WOHNUNGSWESEN UND KOMMUNALE GEMEINSCHAFTSDIENSTE**	**1.822**	**1.800**	**1.776**	**1.732**
06.1	Wohnungswesen	1.008	994	951	901
06.2	Raumplanung	180	181	178	169
06.3	Wasserversorgung	428	437	460	469
06.4	Straßenbeleuchtung	191	173	172	178
06.5	Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich Wohnungswesen und kommunale Gemeinschaftsdienste	15	15	16	16
06.6	Wohnungswesen und kommunale Gemeinschaftsdienste, a.n.g.	-	-	-	-
07.	**GESUNDHEITSWESEN**	**22.730**	**23.323**	**23.278**	**24.294**
07.1	Medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen	3.297	3.314	3.418	3.560
07.2	Ambulante Behandlung	4.455	4.514	4.632	4.786
07.3	Stationäre Behandlung	12.931	13.348	13.039	13.713
07.4	Öffentlicher Gesundheitsdienst	528	558	554	566
07.5	Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich Gesundheitswesen	559	588	598	614
07.6	Gesundheitswesen, a.n.g.	961	1.000	1.038	1.056
08.	**FREIZEITGESTALTUNG, SPORT, KULTUR UND RELIGION**	**2.912**	**2.906**	**2.961**	**2.975**
08.1	Freizeitgestaltung und Sport	903	889	867	886
08.2	Kultur	1.806	1.795	1.855	1.881
08.3	Rundfunk- und Verlagswesen	21	72	78	51
08.4	Religiöse und andere Gemeinschaftsangelegenheiten	154	125	132	129
08.5	Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich Freizeitgestaltung, Sport, Kultur und Religion	25	24	27	27
08.6	Freizeitgestaltung, Sport, Kultur und Religion, a.n.g.	4	2	2	2

Anhang 6.1/ 3

Q: Statistik Austria, Erstellt am 5.4.2013

Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen (COFOG) 2009-2012, ESVG 1995, Staat, konsolidiert

COFOG-Abteilungen und Gruppen		2009	2010	2011	2012
		in Mio. EUR			
09.	**BILDUNGSWESEN**	**15.854**	**16.332**	**16.698**	**17.026**
09.1	Elementar- und Primärbereich	4.146	4.340	4.448	4.522
09.2	Sekundarbereich	7.300	7.397	7.546	7.676
09.3	Post-sekundarer, nicht-tertiärer Bereich	48	48	48	49
09.4	Tertiärbereich	2.274	2.388	2.444	2.521
09.5	Nicht-zuordenbares Bildungswesen	740	744	752	767
09.6	Hilfsdienstleistungen für das Bildungswesen	648	641	669	688
09.7	Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich Bildungswesen	41	51	56	58
09.8	Bildungswesen, a.n.g.	657	724	734	743
10.	**SOZIALE SICHERUNG**	**60.108**	**62.216**	**63.191**	**65.359**
10.1	Krankheit und Erwerbsunfähigkeit	5.515	5.709	5.913	5.959
10.2	Alter	35.685	37.111	38.194	40.006
10.3	Hinterbliebene	4.498	4.566	4.622	4.757
10.4	Familien und Kinder	7.090	7.170	6.845	6.829
10.5	Arbeitslosigkeit	3.905	4.139	3.971	4.172
10.6	Wohnraum	308	275	262	254
10.7	Soziale Hilfe, a.n.g.	2.429	2.541	2.659	2.634
10.8	Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich Soziale Sicherung	13	14	15	15
10.9	Soziale Sicherung, a.n.g.	666	692	711	732
Staatsausgaben insgesamt		**145.333**	**150.593**	**151.825**	**158.576**

Q: STATISTIK AUSTRIA. - Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen. Erstellt am: 05.04.2013.

6. Staatsausgaben

6.2 Allgemeine öffentliche Verwaltung

° Das Ausgabenvolumen 2012 für die Allgemeine öffentliche Verwaltung beträgt rund 12,5 Mrd. € (ohne Staatsschuldenzahlung) Anhang 6.1/ 1

° Je Einwohner hat Österreich um 27% höhere Ausgaben als Deutschland

° Bei gleichem Effizienzwert (27%) wie Deutschland bedeutet das für Österreich Ausgabenreduzierungen von rund 3,36 Mrd. € Unter Berücksichtigung von Qualität u. gutem Bürgerservice wird ein niedrigerer Effizienzwert von 17% angesetzt, woraus sich eine

Ausgabensenkung

in Höhe von **2,12 Mrd. €** errechnet

1) Q: Verwaltungsreform-2011, Rechnungshofbericht 2011/1; S31

6. Staatsausgaben

6.3 Wirtschaftliche Angelegenheiten (04) / Subventionen

- Die Rückvergütung der Energieabgabe für Energieträger wie Mineralöl (Heizöl und Flüssiggas), Erdgas etc. ist ökologisch nicht mehr vertretbar
- Die Begünstigung von fossilen Energieträgern haben eine negative Wirkung für Anreize von Investitionen in Energieeffizienz

Die Rückvergütung der Energieabgabe ist eine kontraproduktive und umweltschädliche Subvention und sollte unbedingt abgeschafft werden
Bei einer Einstellung der Energieabgaberückvergütung könnten laut Umweltdachverband 1)
rund **200 Mio. € an Subventionen eingespart** werden

1) Q: Umweltdachverband (UWD); "Abbau umweltschädliche Subventionen in Österreich", Jänner 2012

6. Staatsausgaben

6.4 Gesundheitswesen (07)

° Die Ausgaben für Arzneimittel lagen im Jahre 2011 mit rund 2,95 Mrd.€ an dritter Stelle der Gesamtausgaben der Krankenversicherung 1)
Auf das Jahr 2012 hochgerechnet „Preisindex +3,3%“ 2) ergeben sich 3,05 Mrd.€ an Arzneimittelausgaben

° Durch intensive Preisverhandlung mit den Herstellern, Senkung der Großhandels- u. Apothekenaufschläge, sollten in Summe Preissenkungen von mindestens 25% erreicht werden

Mit diesen Maßnahmen sind **Ausgabensenkungen im Gesundheitswesen** in Höhe von rund **760 Mio. €** zu erwarten

1) Q: Gesundheit.gv.at „Arzneimittelverbrauch in Österreich“
2) Q:Statistik Austria VPI 2010

6. Staatsausgaben

6.5 Soziale Sicherung (10)

Staatsausgaben - Reduzierungen **Soz.Sicherg IST2012_Mod2013** 16.03.2014

Dr. Kaiser S. 140315_Staatseinn u Ausgaben_IST_BGE Mod 2013_Rechng.xls

Mio. Euro	Staatsausgaben	
	IST 1)	Reduzierung
Soziale Sicherung	**2012**	**Mod.2013**
Krankheit und Erwerbsunfähigkeit	5.959	**5.077**
Alter	40.006	0
Hinterbliebene	4.757	0
∑Alter & Hinterbliebene	44.763	**6.577**
Familie u. Kinder	6.829	**5.921**
Arbeitslosigkeit	4.172	0
Soziale Hilfe a.n.g.	2.634	0
Soziale Sicherung a.n.g.	732	0
∑ Arbeitslosigkeit & Soziale Hilfe	7.538	**4.129**
Wohnraum	254	0
Forschg.experiment.Entw.Soz.Sicherung	15	0
∑ Soziale Sicherung	**65.358**	**21.703**

1) Q: Statistik Austria Staatsausgaben n.Aufgabenbereichen 209-2012;ESVG 1995;konsolidiert

° Wesentliche Einsparungen im Bereich der „Sozialen Sicherung“ ergeben sich in den Teilgebieten wie z.B.
Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Familienbeihilfe, Ausgleichszulage, Witwen-/Witwer-Pensionen etc., welche in unterschiedlicher Höhe durch das BGE abgedeckt werden.

6. Staatsausgaben

6.6 Förderwesen

° Der Rechnungshof 1) weist auf die WIFO-Studie hin, welche aufzeigt, dass im Förderwesen durch einen allgemeinen Förderungsabbau Ausgabensenkungen von 3,5 bis 5 Mrd. € möglich sind.

° Förderungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich sind jedoch entsprechend auszubauen (den Modellgrundsätzen entsprechend sollte bei Universitäten, Hochschulen u. Instituten gelten: mehr „Staat“ weniger „Privat“!)

Mit dem Ziel die Effizienz von Förderungen erheblich zu steigern und nicht mehr zeitgemäße (z.B. den ökologischen Grundsätzen widersprechende) Förderungen zu streichen, erfolgt der Ansatz im unteren Drittel (Spanne 3-5Mrd.) der vom WIFO 1) analysierten Einsparungen, womit sich

Ausgabensenkungen in Höhe von rund **3,7 Mrd.€** ergeben

1) Q: Verwaltungshofreform-2011, Rechnungshofbericht 2011, WIFO; S31 (33pdf)

6. Staatsausgaben: IST 2012 u. Mod.2013 sowie Reduzierungen Mod.2013

Staatsausgaben Staatsausg IST2012_Mod2013 16.03.2014

Dr. Kaiser S. 140315_Staatseinn u Ausgaben_IST_BGE Mod 2013_Rechng.xls

Staatsausgaben Mio. Euro

	Staatsausgaben		Staats-
	IST 1) 2012	Reduzierg. Mod.2013	ausgaben Mod.2013
Allgemeine Öffentliche Verwaltung	20.854	2.117	18.737
Verteidigung	2.122	0	2.122
Öffentliche Ordnung u.Sicherheit	4.566	0	4.566
Wirtschaftliche Angelegenheiten	18.012	200	17.812
Umweltschutz	1.636	0	1.636
Wohnungswesen, Kommun.Gem.Dienste	1.732	0	1.732
Gesundheitswesen	24.294	762	23.532
Freizeitgestaltung, Sport,Kultur u.Religion	2.975	0	2.975
Bildungswesen	17.026	0	17.026
Soziale Sicherung	65.359	21.703	43.656
Berreichsüberschneid. Ausgabenreduz.	0	3.667	-3.667
∑ Staatsausgaben ohne BGE	**158.576**	**28.449**	**130.127**
BGE	0	-114.020	114.020
∑ Staatsausgaben incl. BGE	**158.576**		**244.147**
		Kontrollrechnung	244.147

1) Q: Statistik Austria Staatsausgaben n.Aufgabenbereichen 209-2012;ESVG 1995;konsolidiert

Inhalt

1. Grundsätzliches zur Finanzierung
2. Annahmen für die Berechnung
3. Lohnsteuer- und Sozialversicherungs- Ansätze
4. Vergleichende Darstellung
5. Staatseinnahmen
6. Staatsausgaben
7. Ergebnis

In den Anhängen werden die Inhalte näher dargelegt

7. Ergebnis der Finanzierungsrechnung BGE- Modell 2013

> Neuorientierung

Die Eingangs angeführten Kriterien für die Finanzierung des BGE wie:

° Steuergerechtigkeit: Eine Verringerung Schere zwischen „Reich“ zu „Arm“

° Steuerbasis: Vermehrte Einbeziehung von Kapitaleinkommen und Vermögen

° Ressourcenverbrauch höher besteuern

wurden besonders berücksichtigt

> Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung für das BGE-Modell 2013 wird im

Anhang I „Ergebnisrechnung „BGE-Modell 2013“ dargelegt

Anhang I: Ergebnisrechnung „BGE-Modell 2013“

Staatseinnahmen/Ausgaben/Ergebnis **Ergebnisrechnung_Mod2013** 16.03.2014

Dr. Kaiser S. 140315_Staatseinn u Ausgaben_IST_BGE Mod 2013_Rechng.xls

Werte in **Mio. Euro**	**IST** 1) **2012**	**BGE Mod.** 1) **2013**	**Ergebnis Mod.2013** geg. IST 2012
Staatseinnahmen Steuern und Sozialbeiträge 1.1)	**137.302**	**223.153**	**85.851**
Produktionserlöse (P11+12+131)	6.038	6.038	
Vermögenseinkommen D4	3.654	3.654	
Lfd. Transfers	4.029	4.029	
Staatseinnahmen Produktionserlöse, Vermögenseink. u. Transfers 1.2)	13.721	13.721	0
Staatseinnahmen insgesamt	151.023	236.874	
Staatsausgaben ohne BGE 1.3)	**-158.576**	**-130.127**	**28.449**
Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) Modell 2013	**0**	**-114.020**	**-114.020**
Korrektur Staatsschuldentransaktionen	8.400	8.400	0
Ergebnis BGE Modell 2013	**847**	**1.127**	**280**
1) Q: Statistik Austria 28.3.2013;→ für IST 2012 und Mod.2013 (Basis) bearbeitet		Kontrollrechnung	280
1.1 Steuern u. Sozialbeiträge in Österreich			
1.2 Produktionserlöse P.11+P.12++.P131 aus „Struktur d. Einnahmen u. Ausgaben des Staates“,			
Vermögenseinkommen u. Transfers aus „Nicht-finanziell Transaktionen d. Sektor STAAT“			
1.3 Statistik Austria 5.4.2013 aus „Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen“			

Das **„BGE-Modell 2013“**
in der dargelegten Form zeigt, das dass

„Bedingungslose Grundeinkommen (BGE)“

finanzierbar ist.

Es ergibt sich sogar noch ein Überschuss in Höhe von 280 Mio. Euro

Wir hoffen, es konnten die Informationen so weit veranschaulicht werden, dass die Idee eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“ in der Bevölkerung verbreitet und in der Folge auch verwirklicht werden kann

Attac Inhaltsgruppe Grundeinkommen